

Informationen

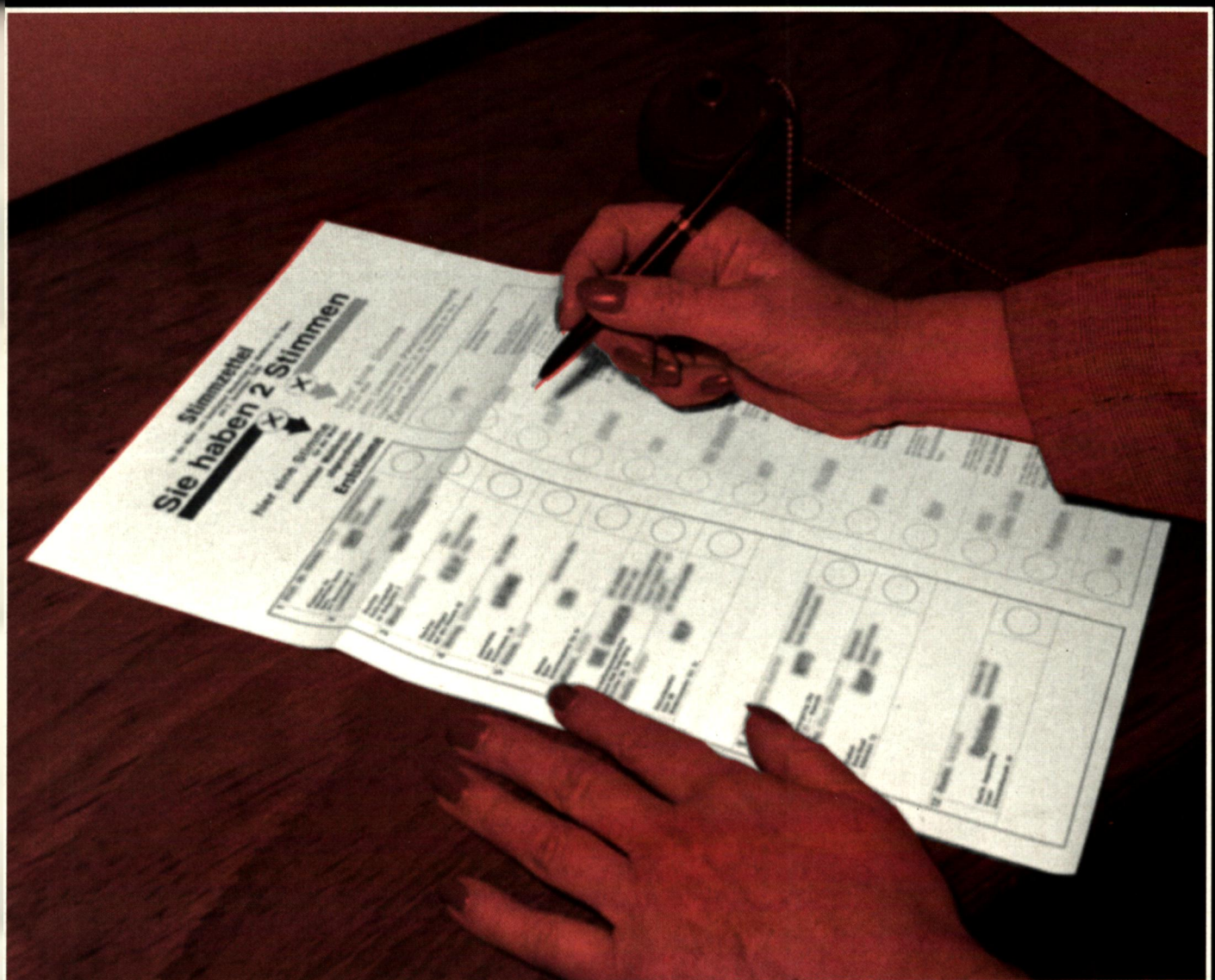
zur politischen Bildung

März 1994

aktuell



Wahlen '94



Informationen

zur politischen Bildung

1994

aktuell



Ein ganz besonderes Wahljahr

Der Bundestag, einige Landtage, das Europäische Parlament, die Kommunalvertretungen in mehreren Bundesländern müssen 1994 neu bestimmt werden. 19 Wahlen in einem Jahr – nie zuvor wurde in der Bundesrepublik der Wähler in so kurzer Zeit so häufig zur Urne gerufen. Wahlmüdigkeit ist zu fürchten. Besonders brisant wird diese demokratische Kraftanstrengung, weil sie in eine Zeit fällt, die weithin als Krisensituation empfunden wird. Die Staatsfinanzen sind durch die Vereinigung Deutschlands auf das Äußerste angespannt, die Wirtschaft ist in einer konjunkturellen Talsohle, die Arbeitslosigkeit ist auf dem höchsten Stand seit 1949, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland scheint gefährdet. Viele Bürger im Westen fürchten um ihren Wohlstand und scheinen die Parteien, die jahrzehntelang für Fortschritt und Stabilität gestanden haben, durch Wahlverweigerung oder Wahl extremer Gruppierungen „strafen“ zu wollen. Viele Bürger in den neuen Ländern haben ihre ursprünglichen Hoffnungen auf baldiges Erreichen des westlichen Wohlstandsniveaus erst einmal aufgegeben. Reale Verbesserungen des Alltagslebens verblassen vor den zerbrochenen Träumen. Viele fühlen sich ungerecht behandelt und mancher verdrängt heute die Probleme des früheren Lebens im real existierenden Sozialismus.

Subjektiv fühlen sich viele Menschen bedroht und lasten dies „der Politik“ an. Mancher erwägt, bei den Wahlen gleich alle Politiker der etablierten Parteien mit dem Stimmzettel abzumahnen – ob Regierung oder Opposition. Aus Angst geborene Reaktionen sind selten rational. So gehen die Politiker und viele Bürger mit Sorgen in das „Superwahljahr“ 1994. Das Votum der Bürger ist in der Demokratie immer wichtig – selten war es so wegweisend für die politische Zukunft unseres Landes.

Inhalt

	Seite
Ein ganz besonderes Wahljahr	1
Wahlen im demokratischen Staat	2
Warum wählen?	2
Wahlsysteme	3
Rolle der Parteien	3
Wachsende Distanz zu etablierten Parteien?	4
Einfluß der Parlamente	6
Keine Staatsverdrossenheit	6
Wachsende Wahlenthaltung –	
Normalisierung unserer Demokratie?	7
Rechtsruck oder Protestwahlverhalten?	8
Je wichtiger die Wahl, desto verantwortlicher der Wähler	9
Grundlagen der anstehenden Wahlen	10
Die Bundestagswahlen	10
Ergebnisse 1949–1990	10
Die Landtagswahlen	14
Die Kommunalwahlen	15
Das Europäische Parlament	16
Fünf Fragen zu Wählern und Wahlen	17
Wählen in Deutschland von A–Z	19
Literaturhinweise	24

Wahltermine 1994 (Stand: Februar 1994)

Europawahl Bundestagswahl Wahl des Bundespräsidenten

12. Juni
16. Oktober
23. Mai

Landtagswahlen

Niedersachsen
Sachsen-Anhalt
Sachsen
Brandenburg
Bayern
Mecklenburg-Vorpommern
Thüringen

13. März
26. Juni
11. September
11. September
25. September
16. Oktober*
16. Oktober*

Kommunalwahlen

Schleswig-Holstein 20. März
Mecklenburg-Vorpommern 12. Juni
Baden-Württemberg 12. Juni
Saarland 12. Juni
Sachsen 12. Juni
Sachsen-Anhalt 12. Juni
Rheinland-Pfalz 12. Juni
Thüringen 12. Juni
Nordrhein-Westfalen 16. Oktober*

* voraussichtlich

Wahlen im demokratischen Staat

Michael Bechtel

Die Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen davon, wie sie leben und ihre Welt gestalten möchten. Ein rechtliches und politisches Ordnungssystem sorgt dafür, daß die Bürger ihre oft widerstreitenden Interessen gewaltfrei vertreten können und Kompromißlösungen zustande kommen. Die Bundesrepublik ist eine parlamentarische Demokratie. Hier sind die verschiedenen Meinungen in einem Parlament vertreten, das durch Mehrheitsentscheidungen allgemein bindende gesetzliche Regelungen trifft.

Die Abgeordneten – von Parteien zur Wahl gestellt – vertreten die Gesamtheit der Bürger (Repräsentation). Dabei sind sie nach dem Grundgesetz nur ihrem Gewissen verantwortlich. Weisungen ihrer Wähler (imperatives Mandat) sind sie nicht unterworfen. Auf der anderen Seite gibt es Fraktionsdisziplin und die Abhängigkeit von der Partei. Die Wähler, sagen die Parteien, dürfen erwarten, daß der Abgeordnete die politische Programmatik auch umsetzt, derentwegen sie ihn ins Parlament geschickt haben. Zwischen Gewissensfreiheit und Fraktionsdisziplin besteht ein unauflösbares Spannungsverhältnis. Stets wird es eine Frage der Persönlichkeit des Abgeordneten sein, wie er sich im Einzelfall entscheidet.

Die Wahl ist das Verfahren, mit dem die Zusammensetzung der Parlamente bestimmt wird. Der Wahlakt durch die Bürger gibt den Volksvertretungen zugleich die Legitimation, mit Mehrheit im Namen aller und für alle verbindlich zu entscheiden.

Warum wählen?

Wer wählt, nimmt am politischen Entscheidungsprozeß teil. Er übt Einfluß aus, und das direkt oder indirekt in mehrfacher Hinsicht:

- ◇ auf die Zusammensetzung des Parlaments,
- ◇ auf die Regierungsbildung,
- ◇ auf die Besetzung der wichtigsten Führungspositionen, z. B. des Amtes des Bundeskanzlers,
- ◇ auf die politischen Sachentscheidungen der nächsten Jahre.

Jeder Bürger entscheidet mit seiner Stimme darüber mit, welche Partei – alleine oder in Koalition mit einer anderen – die Mehrheit im Bundestag hat. Sie kann dann die Regierung stellen und per Gesetze ihren Willen durchsetzen. Gleichzeitig ist mit der Wahl geklärt, wer als Minderheit im Parlament die Rolle der Opposition auf sich nehmen muß, um das Handeln der Regierung zu kontrollieren, zu kritisieren, Gesetzesinitiativen zu ergreifen und Alternativvorschläge zu machen – mit der Aussicht, vielleicht bei der nächsten Wahl eine Mehrheit zu erlangen. Der Wähler bestätigt die Regierenden oder gibt der Opposition eine Chance.

Die Auswirkungen der Stimmabgabe gehen weit über die Fragen hinaus, wer die Regierung stellt: Der Wähler unterstützt mit seiner Stimme zugleich ein mehr oder weniger umfangreiches politisches Programm, das die jeweilige Partei verwirklichen will, sofern sie an die Regierung kommt. Wer also eine Partei wählt, erklärt sich damit – ob er will oder nicht – zugleich für oder gegen das 13. Schuljahr an Gymnasien, für oder gegen die Kürzung von Sozialleistungen, für oder gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO, für oder gegen ein Einwanderungsgesetz.

Bei seiner Entscheidung muß der Wähler sich klar werden, welche Probleme und Problemlösungen ihm am meisten am Herzen liegen. Er muß Prioritäten setzen, denn völlige Übereinstimmung mit einem Parteiprogramm und seinen vielfältigen Aussagen wird es kaum geben: Wer z. B. die Politik der Unionsparteien im

Bereich der inneren Sicherheit unterstützen möchte, wird vielleicht von ihrer Frauenpolitik nicht überzeugt sein. Oder wer mit der Sozialpolitik der Sozialdemokraten übereinstimmt, wird eventuell außen- und sicherheitspolitisch eine andere Linie bevorzugen. Wer hingegen die Betonung der bürgerlichen Freiheitsrechte durch die Freien Demokraten für vorrangig hält, dem wird eventuell deren Wirtschaftspolitik gegen den Strich gehen. Wer die Hervorhebung ökologischer Maßstäbe durch die Grünen als besonders wichtig ansieht, der wird vielleicht deren Ansichten zur Bundeswehr ablehnen. Die Wähler müssen also entscheiden, welcher Aspekt der Parteiprogramme ihnen besonders wichtig ist. Wer aber auf Einzelfragen eines Parteiprogrammes Einfluß nehmen will, muß in einer Partei tätig werden und dort Überzeugungsarbeit leisten.

Stellung der Parteien und Abgeordneten nach dem Grundgesetz

Artikel 21 (Parteien)

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht. (...)

Artikel 38 (Wahl)

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. (...)

Artikel 46 (Indemnität und Immunität)

(1) Ein Abgeordneter darf zu keiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die er im Bundestage oder in einem seiner Ausschüsse getan hat, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden. Dies gilt nicht für verleumderische Beleidigungen.

(2) Wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung darf ein Abgeordneter nur mit Genehmigung des Bundestages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß er bei Begehung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen wird. (...)

Jede Stimme stärkt die Durchsetzungskraft eines politischen Programms, auch wenn die Partei am Ende nicht an der Regierung teilnimmt. Schließlich besetzt auch die Opposition einflußreiche politische Ämter. So ist es z. B. guter demokratischer Brauch, daß höchste Richterämter von Regierung und Opposition einvernehmlich besetzt werden. Das gilt auch für manche Staatsämter wie z. B. die Leitung des Bundesrechnungshofes, der die Ausgaben der staatlichen Stellen kontrolliert, oder für den Vorsitz von parlamentarischen Ausschüssen. Außerdem nehmen auch regierende Mehrheiten auf den Willen starker Wählergruppen nach Möglichkeit Rücksicht – schon um bei der nächsten Wahl ihre Stimme zu gewinnen. Eine stärkere Partei kann wirkungsvoller

im Parlament und auch außerhalb argumentieren, werben und abstimmen. Schließlich weist jeder Wähler mit seiner Stimme einer Partei auch finanzielle Unterstützung in Form von Wahlkampfkostenerstattung zu.

Wer wählt, vertritt also damit sehr wirkungsvoll seine eigenen Interessen. Wer nicht wählt, verzichtet von vornherein darauf, die Entwicklung der Politik in seinem Sinne zu beeinflussen. Er gibt sein wichtigstes politisches Recht aus der Hand und sollte auch hinterher am Stammtisch über Wahlergebnis und Politik nicht meckern. Im Grunde hat er auch als Nichtwähler mitentschieden: Er ist mitverantwortlich für die politische Situation und für das Meinungsklima im Lande. Hat er doch einer demokratischen Partei die Stimme vorenthalten, die Wahlbeteiligung gesenkt und damit eventuell dazu beigetragen, daß radikale Parteien im Parlament mitreden. Eine niedrige Wahlbeteiligung bevorzugen jene Parteien, die ihr Wählerpotential besser mobilisieren können.

Wahlsysteme

Eine andere Methode zur Bestellung und Legitimation von Entscheidungsgremien als die Wahl ist am Ende des 20. Jahrhunderts kaum noch denkbar. Ihrer bedienen sich nahezu alle politischen Ordnungen, auch solche, die keineswegs demokratisch sind. Wahl ist nicht immer gleichzusetzen mit demokratischer Wahl. In der ehemaligen DDR wurde z. B. auch gewählt, ohne daß es tatsächlich eine Auswahl zwischen politischen Alternativen gegeben hat. Um demokratischen Ansprüchen zu genügen, müssen Wahlen die Bedingungen erfüllen, die das Grundgesetz in Artikel 38 Absatz 2 aufzählt: Politische Wahlen in Deutschland müssen allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein.

Das bedeutet: Alle Deutschen unabhängig von Rasse, Sprache, Geschlecht, Religion, Besitz oder politischen Überzeugungen können wählen oder gewählt werden. Sie wählen die Abgeordneten direkt – nicht über Mittelsmänner und -frauen oder ein Wahlgremium. Sie können sich zwischen mehreren Personen oder Parteien mit unterschiedlichen politischen Programmen entscheiden. Druck oder Zwang gibt es nicht. Jede Stimme hat den gleichen Zählwert. Und schließlich ist die Entscheidung des einzelnen Wahlberechtigten für niemanden nachprüfbar.

Das Wahlsystem bestimmt, wie die Wählerstimmen in Parlamentsmandate übersetzt werden. Bei der Festlegung des Wahlsystems geht es vor allem um zwei wichtige Ziele, die nicht gleichzeitig völlig zu verwirklichen sind: Die Wahl soll zum einen ein Abbild des politischen Willens der gesamten Wählerschaft im Parlament erreichen und zum anderen regierungsfähige Mehrheiten bringen.

Zu klaren Mehrheiten führt in der Regel die **Mehrheitswahl**: Alle Abgeordneten werden dabei direkt in den Wahlkreisen gewählt, Parteilisten gibt es nicht. Der Kandidat mit den meisten Stimmen im Wahlkreis bekommt das Mandat. Die anderen Voten werden nicht berücksichtigt. Die Mehrheitswahl begünstigt stets die großen Parteien. So sehr sich die Regierungsbildung erleichtern kann, ist es doch zugleich ein erheblicher Nachteil: Kleinere politische Strömungen wie z. B. die Liberalen oder Umweltschuttbewegungen haben kaum eine

Chance, ihre Ideen in die Parlamente einzubringen. Deshalb fühlen sich dann viele Bürger in den Parlamenten nicht vertreten. Das Mehrheitswahlrecht prägt auch die Parteien: Die Abgeordnete spielen eine weitaus größere Rolle, sie sind unabhängiger, die Parteizentralen haben weniger Macht.

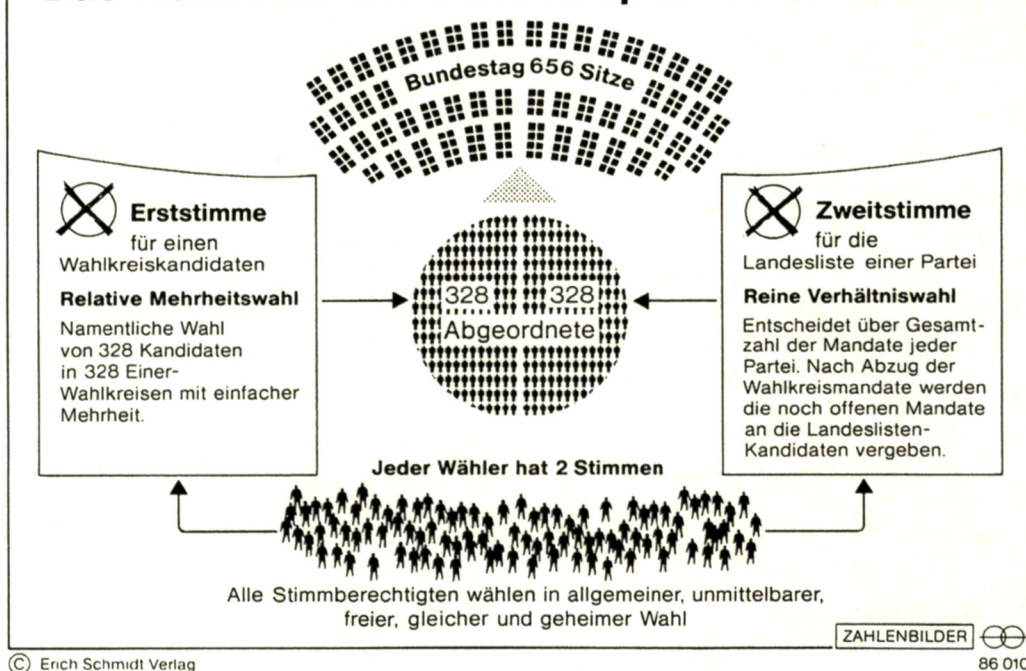
Bei der **Verhältnisswahl** dagegen gibt es nur Parteilisten. Hier schickt jede Partei so viele Abgeordnete ins Parlament, wie es ihrem prozentualen Anteil an den abgegebenen Wählerstimmen entspricht. So sind auch sehr kleine Parteien vertreten. Die Zusammensetzung des Parlaments entspricht, wenn es keine Sperrklausel gibt, exakt der Verteilung der Stimmen auf alle Listen, die zur Wahl standen. Die Nachteile: Ein reines Verhältniswahlssystem führt – wie das Beispiel Italien gezeigt hat – leicht zur Zersplitterung der Parteienlandschaft und zu schwachen, wenig stabilen Regierungen, die sich auf Mehrparteienkoalitionen stützen müssen. Die gewählten Abgeordneten bleiben stark von der Partei abhängig, da sie bei der nächsten Wahl wieder auf einem aussichtsreichen Listenplatz aufgestellt werden wollen; die Parteiorganisation gewinnt dadurch mehr Einfluß.

Das Grundgesetz schreibt kein Wahlsystem vor. Bund und Länder können durch Gesetze frei bestimmen, wie die Parlamente gewählt werden sollen. Dennoch gelten in Deutschland überall modifizierte Verhältniswahlssysteme. Eine Zugangsbeschränkung (die Fünfprozentklausel, bzw. bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz eine 3,3-Prozent-Klausel) verhindert, daß Splitterparteien in den Parlamenten vertreten sind.

Rolle der Parteien

Parteien sind Organisationen, die auf der Grundlage gemeinsamer politischer Zielvorstellungen über die Beteiligung an Wahlen um die Macht im Staat konkurrieren. Eine repräsentative parlamentarische Demokratie ohne Parteien ist nicht vorstellbar. „Damit ein freiheitliches politisches Leben möglich ist, muß es politische Parteien geben, und es gibt sie überall dort, wo man in Freiheit lebt.“ (Wilhelm Hennis) Die Parteien bündeln die große Vielfalt der unterschiedlichen Interessen und Zielvorstellungen zu einer überschaubaren Anzahl politischer Programme, für oder gegen die sich die Wähler entscheiden können. Dabei vertritt jede Partei die Wünsche und Interessen von mehr oder weniger scharf umrissenen Gruppen in der Gesellschaft.

Das Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland



Das Grundgesetz erkennt diese tragende Rolle an, indem es die Parteien im ersten Satz des Artikel 21 in den Rang von verfassungsrechtlichen Institutionen erhebt: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Dies tun sie unter anderem auch durch die Teilnahme an Parlamentswahlen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Parteien denn auch mehrfach als „Wahlvorbereitungsorganisationen“ bezeichnet.

Die wichtigsten Leistungen der Parteien sind in Paragraph 1 Absatz 2 des Parteiengesetzes näher aufgezählt: Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens mit, indem sie

- ◇ auf die Gestaltung der politischen Meinung Einfluß nehmen,
- ◇ die politische Bildung anregen und vertiefen,
- ◇ die Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern,
- ◇ zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden,
- ◇ sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen,
- ◇ auf die politische Entwicklung im Parlament und Regierung Einfluß nehmen,
- ◇ die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und
- ◇ für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.

Bei dieser „Mitwirkung an der politischen Willensbildung“ haben die Parteien kein Monopol. Verbände, Gewerkschaften oder Kirchen wirken auch in vielen politischen Fragen auf die Öffentlichkeit ein.

Bei den Wahlen kann sich auch jeder Bürger, der das erforderliche Alter erreicht hat, um ein Mandat für den Bundestag, für einen Landtag oder den Rat seiner Heimatgemeinde bemühen. 200 Unterschriften von Wahlberechtigten genügen, um auf dem Stimmzettel zu erscheinen. Die Wähler allerdings geben unabhängigen Einzelkämpfern, die sie nicht kennen und einschätzen können, keine Chance. Und ohne den Rückhalt einer Organisation können sich Politiker in der heutigen, von einer Vielfalt von Medien beherrschten Öffentlichkeit einfach kein Gehör verschaffen. In das Europäische Parlament kommt man allerdings nur über die Liste einer politischen Partei oder Vereinigung.

Erst recht gibt es kein Monopol für bestimmte Parteien, auch wenn diese sich selbst als Rückgrat des demokratischen Staates begreifen. Jederzeit können neue politische Gruppierungen den Parteistatus erwerben. Zu Beginn der 80er Jahre haben die GRÜNEN das scheinbar festzementierte Drei-Parteien-System aufgebrochen. In Zukunft könnte sich auch eine rechtsradikale Partei parlamentarisch etablieren. Aus der Sicht der demokratischen Parteien ist diese Entwicklung natürlich unerwünscht. Sie macht zudem die Regierungsbildung und die Regierungsarbeit schwieriger.

Wachsende Distanz zu etablierten Parteien?

Der Trend zur Erweiterung des Parteiensystems scheint derzeit unaufhaltsam. Das identitätsstiftende Zeitalter des Ost-West-Konflikts, in dem ein Teildeutschland im Windschatten des Eisernen Vorhangs ungestört seinen Wohlstand mehren und demokratische Stabilität genießen konnte, ist Geschichte. Zweifel über ihre wirtschaftliche Stärke und ihre neue politische Rolle haben schnell die Selbstzufriedenheit der wiedervereinigten Deutschen verdrängt. In dieser Lage kommen die Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Parteien und der Politiker verschärft zum Ausdruck. Eine Reihe von Skandalen lassen manchen Bürger gar an der Redlichkeit einiger Politiker zweifeln.

Wachsende Distanz von Bürgern zu den etablierten Parteien CDU, CSU, SPD und F.D.P. zeigt sich in den demoskopischen Befragungen. Schon in einer Emnid-Umfrage von 1981 rangierten Parteien überhaupt bei der Bewertung von 13 unterschiedlichen Organisationen (Kirche, Gewerkschaften, Gerichte usw.) an letzter Stelle. Das gleiche Institut ermittelte 1993, daß nur 11 Prozent der Westdeutschen und 4 Prozent der Ostdeutschen volles Vertrauen zu den Parteien haben. Jeder dritte Westdeutsche und mehr als die Hälfte der Ostdeutschen „trauen ihnen nicht über den Weg“.

Seit 1990 ging es mit dem Ansehen der Parteien bergab, wie z. B. eine Emnid-Untersuchung zeigt. Die Befragten haben dabei die Parteien auf einer Skala von -5 (absolute Ablehnung) bis +5 (größte Zustimmung) bewertet. Die Note für diejenige der etablierten Parteien, zu der sie noch am meisten Vertrauen hatten, sank zwischen 1990 und 1992 von 3,2 auf 2,6 Punkte. Der Bundestag jedoch und die parlamentarische Demokratie als solche werden bislang nahezu unverändert positiv gesehen.

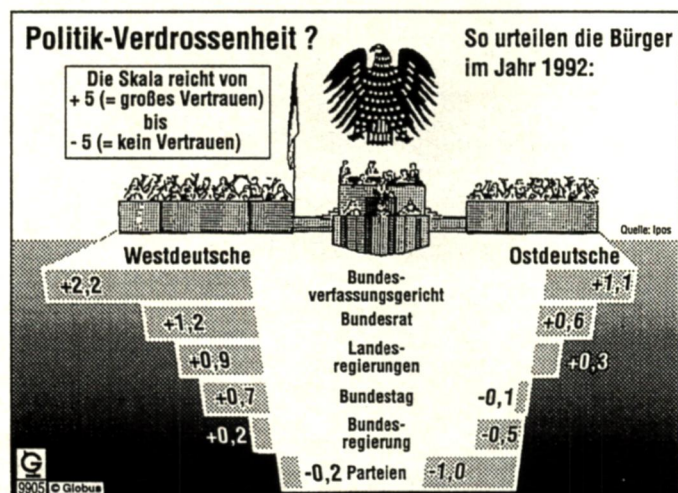
Die „Forschungsgruppe Wahlen“ befragt seit Jahren Bürger und Bürgerinnen, welche Partei sie bevorzugen: Bis 1980 lag die Zustimmung für CDU/CSU, SPD und F.D.P. stabil um mindestens 70 Prozent. Seither sank sie bis nahe an die 50-Prozent-Grenze ab. Gleichzeitig stieg die Zahl derer, die sich keiner Partei zuordnen wollten. Neue Parteien wie die GRÜNEN konnten sich in der gleichen Zeit nur wenig verbessern.

Wertewandel

Soziologen und Politikwissenschaftler sehen diese wachsende Distanz vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden Wertewandels und gesamtgesellschaftlicher Veränderungen: Die sozialen Milieus, in denen die Parteien traditionell wurzelten – die Sozialdemokraten etwa in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft oder die CDU im katholischen Bürgertum – sind nicht mehr in dem Maße vorhanden. Vor allem prägen sie den Einzelnen nicht mehr so stark. Die Menschen sind individualistischer geworden; ihre Bereitschaft, irgendwelche Autoritäten anzuerkennen oder sich ihnen gar unterzuordnen, ist gesunken. Alle gesellschaftlichen Großorganisationen wie Gewerkschaften oder Kirchen, nicht nur die Parteien, haben Mitglieder und Einfluß verloren.

Der politische Prozeß selbst hat sich verändert: Seit Ende der 60er Jahre, beginnend mit der Protestbewegung der Studenten, haben viele Bürger gelernt, ihre Ziele in Bürgerinitiativen und locker organisierten Protestbewegungen zu vertreten. Es hat sich als wirkungsvoll erwiesen, mit spektakulären Protestformen und der unausbleiblichen Medienresonanz die Parlamente, in denen die Entscheidungen fallen, unter außerparlamentarischen politischen Druck zu setzen. Das ist auch weniger mühsam, als zähe Überzeugungsarbeit und das Ringen um Mehrheiten und Kompromisse im Ortsverein einer Partei.

Viele Bürger haben sich so vom traditionellen System politischer Interessenvermittlung abgewandt. Feste Parteibindungen entstehen seltener. Eine Vielzahl politisch interessierter und engagierter Bürger von heute sind Wechselwähler, die bei aufeinanderfol-



Wahlbeteiligung – Gründe und Wandel

Die starke Zunahme der Wahlenthaltung ist eines der herausragenden politischen Phänomene dieser Jahre. (...) Nach Einführung des allgemeinen, bis 1918 aber auf die Männer beschränkten Wahlrechts hatte die Wahlbeteiligung generell relativ kontinuierlich zugenommen, so z. B. von der Reichstagswahl 1871 mit 51,0 Prozent bis zur Bundestagswahl 1972 mit 91,1 Prozent. Dann blieb sie mehr als ein Jahrzehnt annähernd konstant, bevor mit den Bundestagswahlen 1987 und 1990 die Tendenzwende augenfällig wurde. (...)

Die Höhe der Wahlbeteiligung an sich ist kein Gradmesser für die Qualität eines demokratischen Systems. Genausowenig kann sie über die „demokratische Reife“ seiner Bürger aussagen. „Klassische“ Demokratien wie die USA und die Schweiz wird man wegen der dort traditionell niedrigeren Wahlbeteiligung kaum als „minderwertig“, die Einwohner dieser Länder nicht als politisch „unreif“ qualifizieren dürfen. (...)

Wahlenthaltung dagegen mag auch Ausfluß bewußter und durchdachter politischer Entscheidungen „guter“ Demokraten sein. Sie kann überdies gerade Systemzufriedenheit ausdrücken nach dem Motto: „Wer schweigt, stimmt zu“. Derjenige, bei dem ein wie auch immer ausfallendes Wahlergebnis nicht zu existentiellen Ängsten führt, mag leichteren Herzens einmal auf die Stimmabgabe verzichten.

Wahlenthaltung findet nicht im luftleeren Raum statt. Allein aus ihrem Umfang allgemeine Schlüsse für ihre Bewertung zu ziehen, verbietet schon die Tatsache, daß offensichtlich historische Faktoren sowie die jeweilige lokale und regionale „politische Kultur“ auf die Neigung zur Stimmabgabe wirken. So liegt beispielsweise im Saarland die Wahlbeteiligung generell deutlich höher als in Baden-Württemberg. Dort wiederum übertrifft der Wahlleiter der Nordwürttemberger merklich den der Südbadener. Zudem kann beobachtet werden, daß die Beteiligung in vormaligen freien Reichsstädten höher ist als andernorts. (...)

Immer häufiger wird von der „Partei der Nichtwähler“ gesprochen. Der Begriff ist jedoch irreführend, weil er den falschen Eindruck hervorruft, bei den Nichtwählern handle es sich um eine homogene Gruppe. Nichtwähler sind keine „Partei“, sondern ein Sammelbecken mit von Wahl zu Wahl unterschiedlicher Zusammensetzung. So gibt es Nichtwähler, die gar nicht existieren. Gleichgültige, Kranke, Bequeme, Unzufriedene, Einsame und viele mehr. Das einzige, was Nichtwähler verbindet, ist die Tatsache, daß sie nicht wählen. (...)

Die anhand der Zahl der Wahlberechtigten sowie der abgegebenen Stimmen ermittelte statistische Wahlbeteiligung fällt prinzipiell geringer aus als die wirkliche Wahlbeteiligung. So gehen zwischen der Erstellung der Wählerverzeichnisse und dem Wahltag Verstorbene sowie ohne Abmeldung Verzogene als Nichtwähler in die amtliche Statistik ein, obwohl sie am entsprechenden Ort gar nicht wählen konnten. Zu diesen unechten Nichtwählern kommen Nichtwähler „wider Willen“. Das sind z. B. kurzfristig erkrankte oder verreiste Bürger, die ohne erheblichen Aufwand keine Möglichkeit zur Stimmabgabe hatten, und Briefwähler, deren Stimmzettel zu spät oder ohne beiliegenden Wahlschein eintreffen. Die Zahl all dieser „Nichtwähler“ dürfte zusammen generell bei ca. 4 bis 5 Prozent der jeweils ausgewiesenen „Wahlberechtigten“ liegen. In der Bundesrepublik ist darum maximal eine Wahlbeteiligung von ca. 95 % erreichbar. Bezüglich der Bundestagswahl 1972 als auch der Volkskammerwahl 1990 kann man somit fast von einer Totalmobilisierung der Bevölkerung sprechen. (...)

Bekannte Muster der Wahlbeteiligung gelten nach wie vor: Männer wählen eher als Frauen, „Mittelalte“ eher als sehr junge und hochbetagte Bürger, Beamte eher als Arbeiter. Hochschulabsol-

venten eher als Wahlberechtigte ohne Schulabschluß. Diese Muster sind in den vergangenen Jahren wieder markanter geworden. Die Faktoren „Geschlecht“, „Alter“, „Beruf“ und „Bildungsgrad“ haben bei der Betrachtung der Wahlbeteiligung an Bedeutung gewonnen, weil der Rückgang des Wahleifers der Deutschen nicht egalisierend, sondern differenzierend wirkt: Die Gruppen, die schon immer durch eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung auffielen, waren von diesem Rückgang besonders betroffen – Frauen, Jungwähler, Arbeiter, formal niedrig Gebildete. (...)

All dem zufolge ist nicht oder kaum vorhandene soziale Integration einer der Hauptschlüssel zur Erklärung von Wahlabstinenz. Der allgemeine Rückgang der Beteiligung bei Wahlen in der Bundesrepublik ist darum in starkem Maß durch die Abnahme sozialer Bindungen bedingt und so ein Stück weit die logische und normale Folge gesellschaftlicher Entwicklungen. (...) Die Individualisierung schreitet voran und „Instanzen“ wie Kirchen, Vereine, Familie, deren Wirken positive Folgen für die Neigung des einzelnen zur Stimmabgabe hat, verlieren weiter an Einfluß. (...)

„Politikverdrossenheit“ kann zu Wahlabstinenz führen bzw. dazu beitragen. Umgekehrt ist Wahlenthaltung – entgegen einer gebräuchlichen Einschätzung – keinesfalls als Indikator für „Politikverdrossenheit“ interpretierbar. Der Umfang von Wahlabstinenz sollte nicht pauschal als Gradmesser für die Bewertung von Politik herangezogen werden. (...) Darüber hinaus ist auch die Frage zu stellen, inwieweit für eine vom einzelnen Bürger subjektiv empfundene „Politikverdrossenheit“ Parteien und Politiker überhaupt verantwortlich gemacht werden können: Zum Anstieg der „Politikverdrossenheit“ und damit der Wahlenthaltung dürften eine veränderte Wahrnehmung politischer Geschehnisse durch Medien und Bürger, außen- und innenpolitische Wandlungsprozesse mit der Folge von Orientierungslosigkeit, nachlassendem Gemeinsinn und vielleicht überhöhten Erwartungen an die Politik zumindest beigetragen haben. Nicht zuletzt aber das Gerede um die Verdrossenheit selbst: Besonders in ihrem Urteil „festgelegten“ Bürgern mag dadurch immer neue „Munition“ geliefert werden. „Politikverdrossenheit“ ist ein Selbstläufer. (...)

Angesichts einer abnehmenden Zahl von Stammwählern und der wachsenden Menge der Wechsel- einschließlich der Nichtwähler kommt Wahlkämpfen im Hinblick auf die Mobilisierung immer mehr Bedeutung zu. Dieser Bedeutung scheinen die meisten Wahlkampagnen der letzten Jahre, obwohl zum Teil als ausgesprochene Mobilisierungswahlkämpfe angelegt, nicht gerecht geworden zu sein. (...)

Angebliche Wahlmüdigkeit und das wahlweise zu schöne oder zu schlechte Wetter werden vor allem von Wahlverlierern gern als Gründe dafür genannt, warum sich gerade ihre potentiellen Wähler enthalten haben. Wie die Entfernung zum Wahllokal stellen Wahlmüdigkeit und Wetterlage indes nur drittrangige und weit überschätzte Einflußfaktoren auf die Neigung zur Stimmabgabe dar. Sie kommen in der Regel erst dann zum Tragen, wenn die Entscheidung für oder gegen die Stimmabgabe im Grunde schon gefallen (...) ist. (...) Ähnlich dürfte der Einfluß der Medien sein, die eher vorhandene Neigungen verfestigen als unmittelbar mobilisieren oder demobilisieren. Motivierte Wahlberechtigte setzen Prioritäten und lassen sich weder durch Hitze oder Minusgrade abhalten. Lustlose Bürger bringt auch die spannendste Berichterstattung im Fernsehen oder eine zurückliegende, lange „Wahlpause“ nicht an die Urnen. (...)

Michael Eilfort: *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Studien zur Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Band 24, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1994, S. 337–351.*

genden Wahlen zu denselben Gremien unterschiedlich abstimmen. Etwa 40 Prozent der Wähler sind derzeit als Wechselwähler einzustufen.

Die Menschen sind politisch informierter und aktiver als früher, aber sie engagieren sich seltener in jeder Art von gesellschaftlichen Organisationen. Das ist für die demokratische Gesellschaft ein Problem. Dadurch werden auch die Parteien und damit die parlamentarische Demokratie geschwächt. Wenn die Bürger ihre politischen Interessen eher in anderen Organisationsformen artikulieren und seltener in Parteien aktiv sind, ist das ein hoher Preis. Für die Leistung der Parteien im politischen System bieten Bürgerinitiativen und Protestbewegungen nämlich keinen Ersatz. Bürgerinitiativen, meist lokale, kurzlebige, nur ein politisches Ziel verfolgende Gruppierungen können gesamtstaatliche Probleme – wie z. B. den wirtschaftlichen Umbau in den neuen Ländern oder Defizite innerer Sicherheit – nicht lösen.

Die Parteien versuchen, sich zu öffnen. Durch neue Formen der Beteiligung wollen sie engagierte Bürger an sich binden. Die Urabstimmung über die Besetzung von politischen Führungspositionen, wie sie die SPD bei der Entscheidung über ihren Vorsitzenden durchgeführt hat, ist ein Weg, Parteimitgliedern einen stärkeren innerparteilichen Einfluß zu gewähren. Daneben gibt es das Bestreben, Nichtmitglieder punktuell, d. h. bei einzelnen Themen und Kampagnen, für die sie sich engagieren wollen, in die praktische Parteiarbeit einzubeziehen, ohne gleich Mitgliedsbeiträge zu verlangen. In allen großen politischen Parteien hat ein Prozeß des Nachdenkens und Experimentierens eingesetzt.

Einfluß der Parlamente

Der Eindruck, daß die Bedeutung des Bundestages und der Landtage ab- und die Macht der Regierungen zunimmt, trägt nicht zum Ansehen der Parteien bei. Ganz falsch ist die Beobachtung nicht: Die Gesetzgebungsmaterie – z. B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes – wird immer komplizierter; die Ministerien haben ein Mehrfaches an Mitarbeitern und damit mehr Fachwissen als die Abgeordneten, die deren Vorschläge und Formulierungen überprüfen und darüber entscheiden sollen. Hinzu kommt, daß die parlamentarischen Mehrheiten im Bundestag immer in den Landesparlamenten meistens Koalitionsmehrheiten sind. Dort verlagern sich die Entscheidungen in kleine Koalitionsrunden von Spitzenpolitikern, das Parlament scheint manchmal nur noch abzusegnen.

Fernsehbilder von einem selbst bei wichtigen Debatten fast leeren Bundestag nähren den Eindruck: Da kann nichts Weltbewegendes vonstatten gehen. Dieses Vorurteil beruht auf einem Mißverständnis: Jederzeit voll könnte das Plenum nur sein, wenn die Abgeordneten keine anderen Aufgaben hätten. Die Abgeordneten müssen aber an Ausschusssitzungen teilnehmen, zu Gesetzen, die ihr Ausschuß gerade bearbeitet, Fachleute hören und Informationsmaterial studieren, das ihre Mitarbeiter oder der wissenschaftliche Dienst des Bundestages gesammelt haben; sie müssen sich die Zeit nehmen, um z. B. im Arbeitskreis ihrer Fraktion eine kritische Anfrage an die Bundesregierung zu formulieren. Sie müssen auch viel Zeit für die Bürger aufwenden, die ihnen ein Anliegen vorzutragen haben, für deren Einzelinteressen und Probleme sich die Abgeordneten vielfach zusätzlich in mühsamer Kleinarbeit einsetzen.

Da muß die Plenumsdebatte oft zurückstehen, wo Fraktionsvertreter häufig nach getaner Ausschußarbeit bereits bekannte Argumente austauschen – ganz bewußt „zum Fenster hinaus“. Die Öffentlichkeit zu informieren und den Bürgern die Gründe für ihre Entscheidung zu vermitteln, ist auch eine wichtige Aufgabe der Parlamentarier. Trotz aller Probleme bleibt es dabei, daß in allen wichtigen Fragen stets das Parlament das letzte Wort hat. Große Debatten und Abstimmungen ohne Fraktionszwang wie die Entscheidung über den künftigen Parlaments- und Regierungssitz Deutschlands oder die Neufassung des § 218 machen

deutlich, daß das Parlament immer noch das Zentrum der politischen Willensbildung ist.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat 1993 mit seinem Urteil über den Bundeswehreininsatz in Somalia noch einmal unterstrichen: Ohne das Ja des Bundestages geht gar nichts.

Die Darstellung der Politik in den Medien trägt zur Unlust des Bürgers an (Partei)Politik bei: Im Kampf um Einschaltquoten und Verkaufszahlen am Kiosk geben die Journalisten dem Zwang zu Verknappung, zu Dramatisierung und Zuspitzung immer stärker nach. Sie zwingen die Politiker zu Erklärungen von 30 bis 90 Sekunden – für differenzierte, angemessene Sachaussagen ist da kaum noch Raum. Hinzu kommt: Die Zahl der Sendeplätze für Politik hat sich drastisch erhöht. Immer mehr Politiker (auch der zweiten und dritten Garnitur, Querdenker, Nachwuchs- und Ex-Politiker) kommen immer häufiger zu Wort. Profilieren kann man sich durch rüde Attacken gegen den politischen Gegner und abweichende Meinungen innerhalb der eigenen Partei. Keine Aussage bleibt unwidersprochen. Auseinandersetzungen, die frü-

Parteienverdrossenheit

Parteienverdrossenheit und Politikverdrossenheit – diese beiden Wörter, an sich nicht neu, kristallisierten (1992) die politische Stimmung der Nation. Schon im Laufe des Jahres wurde vor allem Politikverdrossenheit, sei es als „Modewort“, sei es als „Wort des Jahres“ bezeichnet, allgemein als bündiger Ausdruck für das aktuelle Selbstverständnis der Deutschen begriffen. „Kaum befreit und schon verdrossen“ bezog sich auf die neuen Bundesländer, ganz Europa schien mit einem „Sturm von Politikverdrossenheit“ kämpfen zu müssen. Die so beschriebene Stimmung drohte manchen in Politik- und Politikerverachtung umzu-schlagen. Kürzer hieß es Verdrossenheit, auch Politikverdrub oder nur Verdrub. Als Adjektiv ging politikverdrossen um. Als Komposita, und davon kursierten mehr als zwanzig, traten besonders, wie genannt, Parteienverdrossenheit, dazu parteiverdrossen und Staatsverdrossenheit hervor. (...)

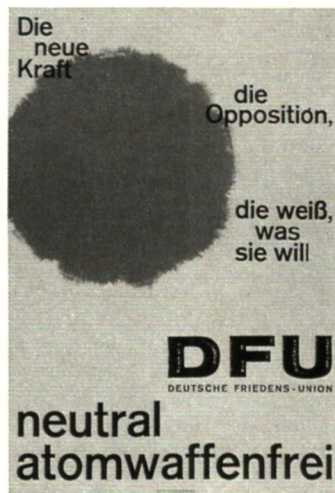
Gerhard Müller, *Deutsch 1992; in: Wörter und Unwörter. Sinniges und Unsinniges der deutschen Gegenwartssprache*, hrsg. von der Gesellschaft für deutsche Sprache, Niedernhausen 1993, Seite 30–31.

her auf Parteitagen und in Fraktionssitzungen ausgetragen wurden, finden heute über die Medien statt. Das Bild von Geschlossenheit und Harmonie, das der deutsche Wähler schätzt, läßt sich angesichts der Allgegenwart von Fernsehkameras nicht mehr aufbauen.

Keine Staatsverdrossenheit

Zu den aktuellen Gründen für Politikverdrossenheit kommt nach Ansicht mancher Sozialwissenschaftler eine politische Erblast hinzu: Die Deutschen haben sich mit den Parteien immer schwer getan. Die heutigen Kritiker sind sich oft nicht bewußt, wie sehr ihre Aussagen – manchmal bis in die Formulierungen hinein – parteifeindlichen Attacken früherer Jahrzehnte gleichen. Das Klischee von der politischen Partei als dem Betätigungsfeld von „Karrieristen“, das die antidemokratische Propaganda in der Weimarer Zeit benutzte, hält sich hartnäckig in den Köpfen vieler Bürger. Um so schlimmer, wenn es gelegentlich in Skandalen eine Bestätigung zu erfahren scheint.

Die intellektuelle Distanzierung von Parteien und von Politik gab es stets. Meinungsumfragen zeigen zwar ein beträchtliches Maß an Verdrossenheit, wenn man nach politischen Parteien und den Problemlösungsfähigkeiten von Politikern fragt. Die Umfragen erbringen aber auch Hinweise darauf, daß dies nicht unmittelbar



Wahlwerbung im Wandel. Wahlplakate verschiedener Parteien zu den Bundestagswahlen 1949, 1953, 1961 und 1969.

zur Unzufriedenheit mit dem gesamten politischen System führt. Das demokratische Prinzip wird, wie mehrere Langzeituntersuchungen zeigen, durchweg positiv beurteilt, wenn auch mit erheblichen Schwankungen. 1980 zeigten sich nach den Ergebnissen der „Forschungsgruppe Wahlen“ 80 Prozent der Bevölkerung zufrieden mit dem politischen System. Erhebliche Rückgänge gab es in den wirtschaftlichen Krisenjahren 1981/82. Die wirtschaftliche Zufriedenheit der Bürger bestimmt ganz wesentlich ihre Einstellung gegenüber dem parlamentarischen System. Im weiteren Verlauf der 80er Jahre stieg die Zufriedenheit wieder an und pegelte sich mit leichten Schwankungen zwischen 70 und 80 Prozent ein.

Das Meinungsforschungsinstitut in Allensbach hat seit den 50er Jahren mehrfach die Einstellungen der Deutschen zu den Prinzipien der Demokratie abgefragt: Wie stehen sie zum Wechsel der Regierungsverantwortung, zur Gewaltenteilung und zur unvermeidlichen politischen Auseinandersetzung? 1955 wollte noch fast ein Drittel der Deutschen lieber den „starken Mann“ an der Spitze des Staates haben, 1991 waren es nur noch 8 Prozent. Heute sind 83 Prozent der Bürger dafür, daß „mehrere Leute mitbestimmen“, wenn es dabei auch „manchmal hin und her“ geht. „Fast ohne Einbruch“, interpretiert Elisabeth Noelle-Neumann, hielten die Deutschen inzwischen am Prinzip der Demokratie fest.

Als Paradoxon der deutschen politischen Kultur hat der Politologe Herbert Döring schon 1982 dieses Phänomen bezeichnet: Es gibt ein hohes Maß an Übereinstimmung der Bürger mit der politischen Ordnung der Bundesrepublik, aber permanenten Unmut gegen die Parteien und die Politiker.

Das schlechte Ansehen der Parteien und des Politikerberufes erschwert zum Beispiel die Gewinnung geeigneten politischen

Personals: Fähige und überzeugende Persönlichkeiten sind für die Bewerbung um Mandate und politische Ämter schwer zu gewinnen, wenn sie damit – überspitzt formuliert – ihre bürgerliche Reputation aufs Spiel setzen würden. Auch deshalb gibt es z. B. so wenige Quereinsteiger in die Politik, die ihre Berufserfahrung aus Führungspositionen der freien Wirtschaft und Kultur einbringen.

Wachsende Wahlenthaltung – Normalisierung unserer Demokratie?

Wahlverweigerung ist auch eine der Möglichkeiten, Unzufriedenheit auszudrücken. Die Entwicklung des Wählerverhaltens scheint der sinkenden Zustimmung zu den Parteien zu entsprechen.

Der Höhepunkt der Bürgerbeteiligung bei den Bundestagswahlen lag im Jahre 1972 mit 91,1 Prozent. Seither geht es kontinuierlich abwärts – mit Ausnahme der Richtungs Wahl von 1983 (89,1 Prozent). 1990 gingen 78,5 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne – zehn Prozent weniger als 1980.

Bei den Landtagswahlen zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Die Wahlbeteiligung stieg seit Bestehen der Bundesrepublik bis zu Beginn der 70er Jahre an.

Bei den Landtagswahlen des Jahres 1972 gab es eine Wahlbeteiligung von durchschnittlich 82 Prozent. Seither sinkt die durchschnittliche Beteiligung ständig, ausgehend von einem niedrigeren Niveau als bei den Bundestagswahlen. Das gilt auch für die jüngsten Landtagswahlen in den 90er Jahren:

Bundestagswahlen

Wahl	Wahlberechtigte 1000	Wahlbeteiligung %
1949 ²	31 208	78,5
1953 ²	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990 ³	60 437	77,8

¹ Bis 1987 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990, ohne Berlin (West)

² Ohne Saarland

³ Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990 (Wahlbeteiligung in den alten Bundesländern: 78,4 %)

Quelle: Datenreport 1992, hrsg. vom Statistischen Bundesamt.

- ◇ Bremen 1991: 72,9 Prozent (niedrigste Wahlbeteiligung seit Bestehen des Landes)
- ◇ Hamburg 1991: 66,1 Prozent Wahlbeteiligung (minus 13 Prozentpunkte gegenüber 1987)
- ◇ Hessen erlebte mit 70,8 Prozent (fast 10 Prozentpunkte weniger als bei der Wahl davor), die schlechteste Wahlbeteiligung seit 1950
- ◇ Rheinland-Pfalz 1991: 73,9 Prozent (immer noch viel, aber 16,9 Prozentpunkte weniger als die Wahl acht Jahre zuvor)
- ◇ Baden-Württemberg 1992: 70,1 Prozent (minus 1,7 Prozentpunkte gegenüber 1988)
- ◇ Schleswig-Holstein 1992: 71,8 Prozent (minus 5,6 Prozentpunkte gegenüber 1988).

Die Entwicklung bei den Kommunalwahlen bietet kein anderes Bild. Bei den Kommunalwahlen in Hessen ging die Beteiligung gegenüber der letzten Wahl (nahezu 78 Prozent) auf 71,3 Prozent zurück.

Neben der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 1993, die in einer für die Hansestadt besonderen politischen Situation stattfand, bildet die Europawahl des Jahres 1989 die einzige Ausnahme, bei der die Teilnahme gegenüber 1984 um 5,5 Prozentpunkte anstieg. Die Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler kam hier vor allem den Republikanern zugute.

Parteiensystem im Wandel 1949–1990*

Wahljahr	Konzentration und Pluralisierung bei Bundestagswahlen		Sinkende Wahlbeteiligung		
	CDU/CSU und SPD	übrige Parteien	Bundestagswahlen	Landtagswahlen**	Europawahlen
1949	60,2	39,8	78,5	73,3	–
1953	74,0	26,0	86,0	76,8	–
1957	82,0	18,0	87,8	75,0	–
1961	81,5	18,5	87,7	74,1	–
1965	86,9	13,1	86,8	76,5	–
1969	88,8	11,3	86,7	77,7	–
1972	90,7	9,3	91,1	82,0	–
1976	91,2	8,8	90,7	78,9	65,7 ('79)
1980	87,4	12,6	88,6	–	–
1983	87,0	13,0	89,1	76,4	56,8 ('84)
1987	81,3	18,7	84,3	–	–
1990	80,1	19,9	78,6	72,8	62,3 ('89)

* Angaben in Prozent für die alten Bundesländer.

** jeweils Summe aller Landtagswahlen zwischen den Bundestagswahlen.

Quellen: Statistische Landesämter.

Die Nichtwähler sind auf dem Weg, „stärkste Partei“ im Lande zu werden – in einigen Bundesländern und Kommunen sind sie es schon. Die Deutung der zunehmenden Wahlverweigerung ist umstritten. Für den Mannheimer Wahlforscher Dieter Roth ist „eine sinkende Wahlbeteiligung eher ein Zeichen der Normalisierung in einer funktionierenden Demokratie als ein Symptom für eine Krise unseres Systems“. Tatsächlich sind die Beteiligungsquoten bei deutschen Wahlen im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien immer noch recht hoch. Gegen diese Normalisierungsthese spricht allerdings der Zusammenhang mit der meßbaren Parteienaversion.

Rechtsruck oder Protestwahlverhalten?

Das typische Bild der jüngsten Wahlen: Die etablierte Oppositionspartei kann vom Unmut der Wähler kaum profitieren. Die jeweilige Regierungspartei verliert, die Opposition ebenfalls. Bei der außerplanmäßigen Bürgerschaftswahl in Hamburg im September 1993 verlor die oppositionelle CDU mit 10 Prozentpunkten sogar noch stärker als die regierende SPD (minus 7,6 Prozentpunkte).

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 1972 zum Beispiel hatten die drei Parteien CDU, SPD und FDP noch über 90 Prozent aller Stimmen erhalten, bei der Landtagswahl 1992 waren es noch knapp 75 Prozent. Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1993 holten die etablierten Parteien nur noch 69,7 Prozent, und bei der Kommunalwahl in Brandenburg am 5. Dezember 1993 wurde mit 62,1 Prozent ein neues Tief erreicht.

Nichts macht die Neigung vieler Bürger zum Protestwahlverhalten deutlicher als der Erfolg der STATT-PARTEI bei den Bürgerschaftswahlen 1993 in Hamburg. Diese vom früheren CDU-Mitglied Markus Wegner nach der erfolgreichen Verfassungsklage gegen die Kandidatenaufstellungspraxis der CDU kurzfristig gegründete politische Gruppierung bürgerlichen Zuschnitts erreichte ohne jedes politische Programm 5,6 Prozent der Stimmen. Zum ersten Mal ist offenbar damit der gutsituierten Mittel- und Oberschicht, für die linke wie rechte Extreme nicht wählbar sind, eine Protestalternative geboten worden. In den Villenvierteln der Hansestadt entsprachen die Stimmenanteile der STATT-PARTEI von rund 12 Prozent ziemlich genau den Verlusten der CDU.

Gewinner der Wählerabwanderung von den etablierten Parteien waren auch die GRÜNEN. In Hamburg erreichte die Grünalternative Liste (GAL) 13,5 Prozent. Am meisten aber profitierten bei den jüngsten Wahlen vom Meinungsumschwung wie von der Wahlverweigerung vieler Bürger kleine und kleinste Parteien am rechten Rande des politischen Spektrums. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg am 5. April 1992 sind Rechtsparteien drittstärkste politische Kraft geworden.

In Baden-Württemberg erreichten die „Republikaner“ sensationelle 10,9 Prozent. Die rechtsradikale DVU schnitt in Schleswig-Holstein mit 6,3 Prozent besser ab als die F.D.P. (5,6 Prozent) und die GRÜNEN (4,9 Prozent), zählt man die Stimmen von DVU und „Republikanern“ zusammen, dann haben dort 7,5 Prozent der Wähler rechts gewählt. In Hamburg blieben die Rechtsparteien mit 7,7 Prozent nur deshalb außen vor, weil zwei Parteien gegeneinander kandidierten. Die Republikaner scheiterten mit 4,8 Prozent der Stimmen nur knapp. Bei den Kommunalwahlen in Brandenburg im Dezember 1993 rangierten zwar die Rechtsparteien unter den „Sonstigen“ – dagegen etablierte sich die PDS mit 21,2 Prozent der Stimmen noch vor der CDU als zweitstärkste Partei in den Rathäusern des Landes.

Ist das reines Protestverhalten oder zeigt sich eine Trendwende zu extremen Parteien? In der öffentlichen Diskussion wie in der Wahlforschung gehen die Meinungen auseinander.

Die rechten Gruppen versuchen sich als Sprachrohr der sozialen Schichten zu profilieren, die um ihren wirtschaftlichen und sozia-

len Status bangen und die am meisten unter den Folgen der Krise leiden. Etliche dieser Menschen glauben derzeit ihre Probleme von den großen Volksparteien nicht genügend vertreten.

Diese Wählerschichten versuchen rechtsradikale Parteien, mit einem engen Themenspektrum für sich zu gewinnen: Gewalt, Kriminalität, Zerstörung der Familien, Drogen und vor allem Ausländer stehen im Vordergrund ihrer Propaganda. Dabei ist die Fixierung auf Ausländer in Deutschland so stark, daß eine jüngst erschienene Studie über die parlamentarische Arbeit rechter Parteien in der Bundesrepublik Deutschland zu dem Ergebnis kommt, daß die Republikaner „in den meisten Fraktionen im wesentlichen eine ‚Ein-Thema-Partei‘ geblieben“ seien. „Nahezu alle Fragen zu denen sie sich äußern, werden in irgendeiner Form ... mit dem Ausländer- und Asylproblem verbunden. Ihre Patentlösung für alle Probleme, von der Wirtschaft- über die Sozialpolitik bis hin zur Umweltproblematik, vom politischen bis zum ökonomischen System, ist die Abschottung Deutschlands gegen Ausländer.“

Je wichtiger die Wahl, desto verantwortlicher der Wähler

Sich politisch nicht zu beteiligen, ist eine legitime politische Entscheidung des Bürgers, wenn sie auch in ihren Auswirkungen und Folgen bedauert werden muß. Wahlenthaltung wie Protestwahl sind politische Artikulationsmöglichkeiten, die manche Bürger mit Bedacht und politisch bewußt einsetzen, andere eher spontan, „aus dem Bauch heraus“. Der „Schuß vor den Bug“ der traditionellen Parteien erscheint vielen Bürgern unproblematisch, weil für sie die politische Kontinuität unabhängig vom Ausgang von Wahlen gewährleistet ist. Dies entspricht der Lebenserfahrung der Bundesbürger aus vier Jahrzehnten. Selbst die Regierungswechsel von 1969 und 1982 haben zwar wichtige Kurskorrekturen, aber keine grundlegenden Einschnitte gebracht. Kontinuität dominierte – verkörpert zum Beispiel in einer Partei, der F.D.P., ohne die seit 25 Jahren keine Bundesregierung mehr gebildet wurde.

Viele Bürger sehen heute keine gravierenden Unterschiede mehr zwischen den Parteien. Bei einer im Januar/Februar 1991 durchgeführten Repräsentativumfrage in Stuttgart äußerten sich 15,5 Prozent der Wähler und 37,5 Prozent der Nichtwähler davon überzeugt, daß „die Parteien sich gleichen wie ein Ei dem anderen“.

Dennoch wenn in den Augen der Bürger die Wahl wichtig ist, gehen mehr Bürger zur Stimmabgabe; dann ist auch der Anteil von extremen Parteien und Splittergruppen deutlich geringer. So ist bei Bundestagswahlen die Beteiligung stets höher als bei den als weniger bedeutsam angesehenen Landtags- und Kommunalwahlen. Auch die Zahl der für Splittergruppen und Protestparteien abgegebenen Stimmen ist stets niedriger gewesen. Die Wahl des Europäischen Parlaments wird für noch weniger wichtig gehalten, so daß sich hier 1989 mit dem überraschenden Erfolg der Republikaner Protestwahlverhalten am deutlichsten zeigte.

Das Institut für angewandte Sozialforschung (Infas) hat im November/Dezember 1991 die Bürger nach ihrer Einschätzung der Bedeutung verschiedener Wahlen befragt.

Wenn aber der Ausgang einer Wahl so klar ist wie 1990, motiviert das viele nicht, zur Urne zu gehen. Selbst dann nicht, wenn es sich um die „historische Wahl“ des ersten gesamtdeutschen Bundestages handelte: 90 Prozent der Wähler gingen vorher schon von einem klaren Sieg der Regierungskoalition aus. Unter anderem daher blieben 21,4 Prozent der Wahlberechtigten zu Hause. Ganz anders war es bei einer so spannenden Richtungswahl mitten in einer Wirtschaftskrise, wie sie 1983 anstand: Würde die kurz zuvor erst gebildete christlich-liberale Regierung unter Helmut Kohl im Amt bestätigt werden? Mit 89,1 Prozent gab es eine der höchsten Wahlbeteiligungen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Bedeutung von Wahlen

		November/Dezember 1991		
		(B.-W.) %	West %	Ost %
Kommunalwahlen	Sehr wichtig	18	28	30
	Wichtig	63	57	51
	Weniger wichtig	17	12	10
	Unwichtig	2	2	5
Landtagswahlen	Sehr wichtig	28	34	19
	Wichtig	61	57	56
	Weniger wichtig	9	7	16
	Unwichtig	2	1	5
Bundestagswahlen	Sehr wichtig	53	62	26
	Wichtig	41	34	52
	Weniger wichtig	2	2	15
	Unwichtig	2	1	4
Europawahlen	Sehr wichtig	8	15	8
	Wichtig	36	36	27
	Weniger wichtig	37	35	37
	Unwichtig	17	12	23

Quelle: Starzacher, Karl u. a. (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer, Krise der Demokratie? Bund-Verlag, Köln 1992, S. 182.

Für den Wahlforscher Dieter Roth sind hohe Wahlbeteiligungen denn auch eher ein „Krisensymptom“ als ein Ausdruck der Zufriedenheit der Wähler: Den Menschen ist bewußt, daß etwas auf dem Spiel steht, und daß es auf ihre Stimme ankommen könnte. Wo dies nicht der Fall ist, habe der Bürger vielfach das Gefühl, daß er nicht unbedingt gebraucht werde und am Wahlsonntag privaten Interessen den Vorrang einräumen könne.

Grenzen der Politik

Das Wort von der Politik als „Kunst des Möglichen“ hat Bismarck auf die außenpolitische Lage des Deutschen Reiches gemünzt; aber es reicht tiefer. Moderne Politik hat sich als Verwertung, Verwaltung und Verteilung jener wachsenden Möglichkeiten etabliert, die sich der Menschheit durch soziale, technische und wissenschaftliche Erfindungen eröffnet haben. Die Erfolge der Industrialisierung haben es erlaubt, die Armenfürsorge durch staatliche Sozialpolitik abzulösen; mit Zauberformeln von Keynes oder anderen wurde versucht, den Wirtschaftsprozess nach politischen Wunschvorstellungen zu lenken. Damit alle Bürger von den Fortschritten der Medizin profitieren, ist die Gesundheitspolitik eingerichtet worden. Nach der Erfindung und Ausbreitung von Vehikeln des öffentlichen Transports und der individuellen Mobilität stand die Verkehrspolitik auf der Tagesordnung. Wäre es möglich, das Wetter zu manipulieren, hätten wir schon ein Klima-Ministerium (...).

Der Zwiespalt in unserem Verständnis von Politik läßt sich daran erkennen, daß heute vom Staat nicht mehr nur verlangt wird, die Früchte des Fortschritts zu verteilen; er wird auch zu Hilfe gerufen, um Fortschrittsschäden zu verhindern. Statt Möglichkeiten zu schaffen, sollen nun Grenzen des „Machbaren“ festgelegt werden – das gilt etwa für die Umwelt-, die Forschungs- oder die Energiepolitik; es betrifft Medizin und Naturwissenschaften. Der Versuch, die Vor- und die Nachteile des Fortschritts auszubalancieren, stellt Politik vor unlösbare Aufgaben. Diese Überforderung, nicht der alltägliche Ärger über Politiker und Parteien ist der Kern der gegenwärtigen „Verdrossenheit“. Es ist ein Schwanken zwischen den politischen Allmachtsphantasien der Moderne und dem neuen Ohnmachtsgefühl, Staat und Politik sei überhaupt nichts mehr zuzutrauen.

Vieles spricht dafür, daß der bisher vornehmlich im Reich der Ideen angesiedelte „Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ (Humboldt), zur politischen Hauptaufgabe des zu Ende gehenden Jahrhunderts wird. Zuvor muß sich jedoch in der Gesellschaft die Einsicht durchsetzen, daß, wer nicht alles machen will, was geht, auch nicht alles haben kann, was er will.

Günther Nonnenmacher: Grenzen der Politik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. 1. 1994.

Grundlagen der anstehenden Wahlen

Michael Bechtel

Die Bundestagswahlen

Bundestagswahlen finden stets das höchste Interesse beim Wähler. Das ist sachlich auch gerechtfertigt: Der Bundestag ist als die gewählte Vertretung des gesamten deutschen Volkes das Zentrum unseres politischen Systems. Seine Mehrheit bestimmt den Kanzler und trägt seine Politik – sie kann ihn aber auch durch ein konstruktives Mißtrauensvotum wieder abwählen und durch einen anderen Bundeskanzler ersetzen. Im Bundestag finden nicht nur die Debatten über die großen politischen Entscheidungen statt. Er berät und beschließt den Haushalt und alle Bundesgesetze. Dabei leisten die Abgeordneten in den für bestimmte Sachgebiete zuständigen Ausschüssen eine sehr umfangreiche und mühsame gesetzgeberische Kleinarbeit. Sie müssen sich dazu in schwierige Sachgebiete wie z. B. in Wirtschaftsthemen oder komplizierte Rechtsfragen einarbeiten. Der Bundestag kontrolliert die Arbeit der Regierung – dazu können einzelne Abgeordnete und die Fraktionen schriftliche und mündliche Anfragen formulieren, die von der Bundesregierung umfassend beantwortet werden müssen.

Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Dabei gilt die sogenannte personalisierte Verhältniswahl.

328 Abgeordnete werden in einer entsprechenden Anzahl von Wahlkreisen direkt gewählt. Deren Einteilung soll dafür sorgen, daß jeder Abgeordnete ungefähr eine gleiche Zahl von Bürgern vertritt. Zudem sollen die Wahlkreise so geschnitten sein, daß auf politische Grenzen (Ländergrenzen/Regierungsbezirke) Rücksicht genommen und auf landsmannschaftliche Geschlossenheit der Bevölkerung geachtet wird.

Weitere 328 Mandate werden über Landeslisten der Parteien vergeben. Jeder Wahlberechtigte hat also zwei Stimmen, eine Erst- und eine Zweitstimme. Mit der Stimme für die Landesliste der Partei, also mit ihrer Zweitstimme, entscheiden die Wähler letztlich darüber, wieviele Mandate jede Partei im Bundestag erhält. Die Zahl der Zweitstimmen wird nach der mathematischen Methode „Hare-Niemeyer“ in die Zahl der Mandate umgerechnet, die den einzelnen Parteien zustehen. Die Direktwahl des Wahlkreiskandidaten mit der Erststimme beein-

flußt also nur die personelle Zusammensetzung der Fraktionen des Bundestages, und das auch nur hinsichtlich der Hälfte seiner Abgeordneten.

Im 1990 gewählten Bundestag saßen tatsächlich 662 statt der vorgesehenen 656 Abgeordneten: Die CDU hatte sechs Überhangmandate erhalten, zwei in Mecklenburg-Vorpommern, drei in Sachsen-Anhalt und eines in Thüringen. Der Grund: Dort haben viele Wähler mit der Erststimme den Wahlkreiskandidaten der CDU gewählt, die Zweitstimme aber einer anderen Partei gegeben. So sind mehr CDU-Abgeordnete in den Wahlkreisen direkt gewählt worden, als der Partei nach der Anzahl ihrer Zweitstimmen an Mandaten zustehen. Direkt gewählten Volksvertretern kann aber niemand mehr ihren Platz im Parlament abnehmen – solche Überhangmandate vergrößern dann das Parlament.

Ergebnisse 1949–1990

In den ersten Bundestag 1949–1953 wurden elf Parteien gewählt. Bei den dann folgenden Wahlen fielen die kleinen Parteien nach und nach heraus. Es entwickelte sich ein stabiles Drei-Parteien-System: Zwischen 1961 und 1983 waren nur CDU/CSU, SPD und F.D.P. im Bundestag vertreten. Sie bildeten in wechselnden Koalitionen die Bundesregierung: Bis 1966 bestand eine CDU/CSU/F.D.P.-Regierung, nach einer kurzen Phase der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD übernahm dann 1969 das Bündnis von SPD und F.D.P. die Regierung. 1982 brachte ein konstruktives Mißtrauensvotum (d. h., der Bundestag wählte mit Mehrheit mitten in der Wahlperiode einen neuen Kanzler) wieder eine CDU/CSU/F.D.P.-Regierung – und zwar unter Helmut Kohl – die Macht. Die Wähler bestätigten bei der Bundestagswahl 1983 diese „Wende“.

Erstmals zogen aber auch die GRÜNEN in den Bundestag ein, aus dem Drei-Parteien-System wurde ein Vier-Parteien-System.

Die letzte Bundestagswahl 1990 stand im Zeichen der besonderen Situation der deutschen Vereinigung. Damals galt ein besonderes, vom Bundesverfassungsgericht gefordertes Wahlrecht, dem

Wahlen zum Bundestag 1949–1990

	1949		1953		1957		1961		1965		1969		1972		1976		1980		1983		1987		1990	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
Wahlbeteiligung	78,5	402	85,5	487	87,8	497	87,7	499	86,8	496	86,7	496	91,1	496	90,7	496	88,6	497	89,1	498	84,3	497	77,8	662
CDU/CSU	31,0	139	45,2	243	50,2	270	45,3	242	47,6	245	46,1	242	44,9	225	48,6	243	44,5	226	48,8	244	44,3	223	43,8	319
SPD	29,2	131	28,8	151	31,8	169	36,2	190	39,3	202	42,7	224	45,8	230	42,6	214	42,9	218	38,2	193	37,0	186	33,5	239
F.D.P.	11,9	52	9,5	48	7,7	41	12,8	67	9,5	49	5,8	30	8,4	41	7,9	39	10,6	53	6,9	34	9,1	46	11,0	79
(KPD)																								
DKP ¹	5,7	15	2,2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,3	–	0,3	–	0,2	–	0,2	–	–	–	–	–
(DRP)																								
NPD ^{2/3}	1,8	5	1,1	–	1,0	–	0,8	–	2,0	–	4,3	–	0,6	–	0,3	–	0,2	–	0,2	–	0,6	–	2,1	–
GB/BHE	–	–	5,9	27	4,6	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
DP	4,0	17	3,2	15	3,4	17	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
BP	4,2	17	1,7	–	–	–	–	–	–	–	0,2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zentrum	3,1	10	0,8	3	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,1	–	–	–
GRÜNE	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1,5	–	5,6	27	8,3	42	3,8 ⁴	8 ⁵
Sonstige	9,1	16	1,7	–	1,3	–	4,9	–	1,6	–	0,9	–	–	–	0,3	–	–	0,1	0,1	–	–	0,6	–	–
PDS	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2,4	17

1) bis 1953 KPD, ab 1972 DKP; 2) bis 1961 DRP, ab 1965 NPD; 3) 1990 Republikaner; 4) Grüne im Wahlgebiet West 4,5 %; 5) Grüne/Bündnis 90 (Wahlgebiet Ost).
Quelle: W. Woyke: Stichwort Wahlen, Leske Verlag + Budrich, 7. Auflage, Opladen 1992, S. 65.

Was steht zur Wahl? Aus der Programmatik der Parteien

Bei dieser Textauswahl werden die Parteien berücksichtigt, die gegenwärtig im Bundestag und in mehr als einem Drittel der Landtage vertreten sind. Die Reihenfolge ihrer Nennung erfolgt nach der Zahl der Mandate im Bundestag.

Da mit Ausnahme der F.D.P. und der PDS bei Redaktionsschluß noch keine der größeren Parteien einen Entwurf für ein Wahlprogramm vorgelegt hatte, wurden Zitate aus Grundsatzprogrammen und Parteitagebeschlüssen zusammengestellt.

Eine ausführliche Synopse der Wahlprogramme dieser Parteien wird wenige Wochen vor den Bundestagswahlen in der Wochenzeitung „Das Parlament“ abgedruckt.

Grundwerte

CDU

Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit. Die Verhältnisse, unter denen der Mensch lebt, dürfen der Freiheit nicht im Wege stehen. Aufgabe der Politik ist es daher, der Not zu wehren, unzumutbare Abhängigkeiten zu beseitigen und die materiellen Bedingungen der Freiheit zu sichern. Persönliches Eigentum erweitert den Freiheitsraum des einzelnen für seine persönliche Lebensgestaltung.

SPD

Wir wollen die Kräfte unserer Gesellschaft zu einer großen Gemeinschaftsanstrengung zusammenführen, um die Entwicklung unseres Landes auf eine neue dauerhafte Grundlage zu stellen. Die dauerhafte sozial- und umweltverträgliche Entwicklung von Wirtschaft

und Technik ist das Ziel unserer Reformen. Diese Herausforderung wollen wir mit einem Neuanfang für soziale Gerechtigkeit, Arbeit für alle, Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft, ökologische Erneuerung und technischen Fortschritt bestehen.

F.D.P.

Als Partei der Freiheit und der Verantwortung setzt die F.D.P. auf die Eigeninitiative, die Kreativität und die Leistungsbereitschaft der Bürger. Wir sind die Partei der Leistungsträger und der geistigen Eliten in der Gesellschaft. Wir brauchen sie für die Zukunftssicherung und Zukunftsgestaltung Deutschlands. Dabei wollen wir die Kraft der Starken nicht nur zur Selbstverwirklichung, sondern gerade auch, um den Schwachen zu helfen.

CSU

Freiheit fordert immer auch Verantwortung. Nur eine Gesellschaft selbstverantwortlicher Bürger verhindert, daß der Staat durch umfassende Versorgung und Betreuung Menschen abhängig, passiv und egoistisch werden läßt. Die CSU will den Sozialstaat nicht als Vormund, sondern als Diener des Menschen. Sie fördert deshalb in der Sozialpolitik Selbstverantwortung und Eigeninitiative.

PDS

Wir wollen ein anderes Deutschland, eine demokratische, soziale, zivile, ökologische und antirassistische Erneuerung (...) Die PDS ist eine sozialistische Partei und nimmt in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der BRD radikaldemokratische und antikapitalistische Positionen ein.

Sie ist aus dem Reformwillen Zehntausender SED-Mitglieder entstanden und wird auch im Wahlkampf 1994 ihre selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte fortsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Soziale Gerechtigkeit muß es weltweit für alle Menschen geben (...) Politische und moralische Kriterien verbieten es, den sozialpolitischen Blick auf die Bevölkerung des eigenen Landes zu verengen. Soziale Gerechtigkeit in unserem Land ist dauerhaft nur zu haben, wenn diese den Menschen in anderen Ländern nicht vorenthalten wird.

Wirtschaft

CDU

Die Wiedervereinigung bietet uns die Chance, unsere Wirtschafts- und Sozialordnung in ganz Deutschland zu erneuern und Fehlentwicklungen in den alten Bundesländern zu korrigieren. Wir wollen die Leistung und die Risikobereitschaft des einzelnen fördern, bürokratische Hemmnisse abbauen, wo immer möglich deregulieren und privatisieren sowie die Beteiligung breiter Volksschichten am Produktivkapital fördern. Wir wollen ökologische Erfordernisse stärker als bisher durch marktwirtschaftliche Mittel berücksichtigen. Wir wollen unseren Sozialstaat umbauen, um die Folgen der demographischen Veränderungen zu bewältigen und auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit verwirklichen zu können.

SPD

Unsere Antwort heißt: Ökologische Erneuerung, umweltverträgliches Wachstum, Aufbauprogramm Ost, Arbeit für alle, soziale und demokratische Stabilität. Wir brauchen eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit können nur dann dauerhaft gewährleistet werden, wenn die deutsche Wirtschaft lei-

stungsfähig und international wettbewerbsfähig ist. Die Qualität des Standortes Deutschland ist (...) nicht in erster Linie abhängig von den Lohnkosten und den Kosten der sozialen Sicherungssysteme, sondern vor allem von Forschung und Entwicklung für zukunftsorientierte Produkte, von der Qualifikation der Beschäftigten auch im allgemeinbildenden Bereich, von Sicherung und Ausbau der Infrastrukturen, Qualität der öffentlichen Verwaltung, einer Reform des Management in den Unternehmen unter stärkerer Beteiligung der Arbeitnehmer.

F.D.P.

Die erfolgreichen Ansätze der 80er Jahre zu einer marktwirtschaftlichen Erneuerung müssen (...) in einem neuen Aufbruch für ganz Deutschland fortgeführt werden. Ordnungspolitische Reformen aus einem Guß müssen die Stärken des Wirtschaftsstandortes Deutschland wieder voll zur Geltung bringen. Ein Kerntück liberaler Politik für Investitionen und Arbeitsplätze ist eine Steuerreform. Diese Reform der Unternehmenssteuern, Einkommenssteuern, Gemeindefinanzen und Finanzausgleiche muß mit einer echten Reform der sozialen Sicherungssysteme und mit marktwirtschaftlichen Anreizen für bessere Umweltvorsorge zu einer zukunftsweisenden Standorterneuerung zusammengeführt werden.

CSU

Zur Sicherung der industriellen Basis der deutschen Volkswirtschaft ist eine Stärkung des Potentials an Produkt- und Verfahrensinnovationen durch Forschung, Entwicklung und Rationalisierung erforderlich (...) Der Staat muß durch eine Begrenzung der von ihm beeinflussbaren Lohnnebenkosten (z. B. Sozialversicherungsabgaben) sowie durch eine Entrümpelung der Gesetzgebung und durch eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren seinen Beitrag zur Verbesserung der Standortbedingungen leisten (...) Ertragsunabhängige Steuern dürfen nicht zur Verminderung der Unternehmenssubstanz führen und notwendige Investitionen behindern oder gar verhindern.

PDS

(...) ist eine andere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik nötig, die die Arbeitsplätze langfristig sichert sowie kurz- und mittelfristig neue Arbeits-

plätze schafft (...) Durch die Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors können in den nächsten Jahren 1,5 Millionen Arbeitsplätze in den Bereichen sozialer und kultureller Dienstleistungen, des Umweltschutzes sowie der Stadtgestaltung und -sanierung geschaffen werden (...) Erhaltung, Neuprofilierung und Entwicklung industrieller Standorte in Ostdeutschland. Mit Hilfe regionaler Wirtschaftsprogramme sollen vor allem hierauf die Mittel der Wirtschafts- und Absatzförderung konzentriert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gerade Regionen mit hohem Entwicklungsbedarf können (...) nicht allein den Marktkräften überlassen bleiben, sondern benötigen eine aktive soziale und ökologische Strukturpolitik. Historisch entstandene soziale Ungleichheiten erfordern einen sozialen Ausgleich durch Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums, in der Regel von oben nach unten, und der Voraussetzungen, eigenen Reichtum zu schaffen. Nur eine gleichermaßen ökologische, soziale und demokratische Neubestimmung des Wirtschaftens kann die „soziale Frage“ langfristig lösen.

Arbeitsplätze

CDU

Um Arbeitslosigkeit zu verringern, muß sich die Steigerung von Löhnen und Gehältern an der Entwicklung der Produktivität orientieren. Wir brauchen eine differenzierte Tarifpolitik in Branchen und Regionen sowie die Möglichkeiten, im Rahmen von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen stärker den betrieblichen Besonderheiten und Bedürfnissen Rechnung tragen zu können.

SPD

Das Vollbeschäftigungsziel darf nicht aufgegeben werden, es muß wieder als Eckpfeiler verankert werden. Eine soziale und gerechte Gesellschaft kann nicht hinnehmen, daß immer mehr Arbeitslose von existenzsichernden und sinnstiftender Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden und es auch bleiben. Nur ein nationaler Beschäfti-

gungspakt, eine abgestimmte wirtschaftliche Gesamtkonzeption, in der jeder Politikbereich, jede politische Ebene, alle Akteure von Brüssel, Bonn, Ländern und Gemeinden, Unternehmen, Gewerkschaften und Bundesbank, ihren Teil beitragen und die Arbeit der anderen Teile unterstützen, wird aus dieser Krise herausführen.

F.D.P.

Wenn Arbeitssuchende dauerhaft keine Beschäftigung finden, dann liegt das auf keinen Fall an fehlender Arbeit. Es gibt keinen Mangel an Arbeit, sondern einen erheblichen Mangel an bezahlbarer Arbeit (...) Eine konsequente Orientierung der Tarifbeschlüsse an den Produktivitätsspielräumen muß durch Senkung der Lohnzusatzkosten ergänzt werden (...) Vollbeschäftigungskonforme Löhne müssen (...) vor allem durch bessere Nutzung des

eingesetzten Kapitals und durch bessere Kapitalausstattung der Unternehmen erreicht werden.

CSU

Zur Erreichung der Vollbeschäftigung müssen alle geeigneten Mittel ausgeschöpft werden. Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen in Einklang stehen mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Vollbeschäftigung. Unverzichtbare Voraussetzungen einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik sind eine bedarfsgerechte Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und eine solidarische Lohnpolitik unter Einschuß der Vermögensbildung.

PDS

(...) muß die vorhandene Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzungen, neue tariflich abgesicherte Arbeitszeitmodelle und eine flexiblere Arbeitszeit-

gestaltung neu verteilt werden. Es darf nicht länger sein, daß immer weniger Menschen mehr arbeiten und immer mehr Menschen von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. Darüber hinaus erfordert der sich entwickelnde neue Produktivkrafttyp eine andere gesellschaftliche Organisation der Arbeit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Beteiligung am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß muß so gestaltet werden, daß jeder Mensch die gleiche Chance hat, über die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse hinaus einen historisch-kulturell angemessenen und ökologisch verträglichen Lebensstandard zu erreichen. Die unterschiedliche Wahrnehmung von Chancen darf nicht zur Herausbildung von Wirtschaftsformen führen, die strukturelle Armut und Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Innere Sicherheit

CDU

Wir treten ein für das Recht des Bürgers auf innere Sicherheit. Kriminalität und Gewalt sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Neue Formen von Kriminalität fordern neue gesetzliche Grundlagen und Ermittlungsmöglichkeiten. Polizei und Justiz sind bei der Bewältigung ihrer schwierigen Aufgabe auf die Mitwirkung und Mitverantwortung der Bürger angewiesen (...) Die Polizei muß in ihrer Schlagkraft gestärkt werden. Unsere Polizisten müssen gut ausgebildet und ausgerüstet, angemessen bezahlt und öffentlich anerkannt werden.

SPD

Die Bundesrepublik Deutschland braucht deshalb eine neue Politik für die innere Sicherheit. Sie muß mit einer vernünftigen sozialen Prävention beginnen (...) Der Einsatz elektronischer Überwachungsmittel zum Zweck der Strafverfolgung ist nur im Rahmen

einer Gesamtstrategie sinnvoll, die bei der Verhinderung der Geldwäsche ansetzen muß. Einer entsprechenden Ergänzung des Art. 13 GG werden wir deshalb nur zustimmen, wenn die für die wirksame Bekämpfung der Geldwäsche erforderliche Änderung des Art. 14 GG erreicht werden kann und wenn die Verabschiedung aller Gesetze zur Einführung der elektronischen Beweissicherung an die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Deutschen Bundestages gebunden wird.

F.D.P.

Gefahren für die innere Sicherheit können (...) nur mit den Mitteln des Rechtsstaates energisch und effektiv bekämpft werden. Gesetzgeberischen Aktionismus lehnt die F.D.P. deshalb als Augenwischerei ab. Sie ist nicht bereit, dem undifferenzierten Ruf nach einem Mehr an staatlichen Eingriffsbefugnissen unkritisch zu folgen. Effektive Verbrechensbekämpfung kann Ein-

griffe in Grundrechte auch unschuldiger Dritter nicht per se legitimieren. Die Liberalen müssen darauf achten, daß wichtige Freiheitsrechte nicht immer weiter eingeschränkt werden.

CSU

Innere Sicherheit ist nicht nur Voraussetzung der Freiheit, sie hat auch eine soziale Dimension. Wachsende Kriminalität droht die Gesellschaft zu spalten in einen kleinen Teil, der sich Sicherheit kaufen kann, und in einen überwiegenden Teil der Gesellschaft, der mangels staatlicher Autorität um körperliche Unversehrtheit, Eigentum und Vermögen fürchten muß. Die CSU will gleiche Sicherheit für alle Bürger. Polizei und Justiz müssen alle notwendigen und adäquaten Instrumente zur wirksamen Verbrechensbekämpfung erhalten. Vergehen und Verbrechen dürfen sich nicht lohnen. Deshalb setzt sich die CSU für eine leistungsfähige, motivierte und als Autorität anerkannte Polizei ein.

PDS

Zunehmend fühlen sich Menschen durch Gewalt und Kriminalität bedroht. Die etablierte Politik mißbraucht jedoch die berechtigten Ängste der Menschen für den Ruf nach mehr Polizei, den Ausbau der Überwachungssysteme, den Abbau des Datenschutzes und die Einschränkung der individuellen Freiheit. Die PDS nimmt die vitalen Interessen der Menschen an Sicherheit vor Kriminalität und Gewalt sehr ernst. Deren gesellschaftliche Ursachen sind jedoch nicht mit mehr Polizei zu beseitigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das dem Staat übertragene Gewaltmonopol muß (...) durch Verfassung und Gesetze auf das Notwendige beschränkt und durch die Verfassung begrenzt bleiben sowie einer ständigen und umfassenden Kontrolle durch eine unabhängige Justiz und demokratische Entscheidungsorgane unterworfen sein.

Verkehrspolitik

CDU

Jedes Verkehrsmittel muß so weit wie möglich die Kosten seiner Verkehrswege, aber auch die Kosten der von ihm verursachten Umweltbelastungen tragen. Wir wollen die Anreize und Vorgaben für die Verminderung des Energieverbrauchs und der Emissionen stufenweise verschärfen. Wir wollen die vorhandene Verkehrsinfrastruktur durch Vernetzung der Verkehrsträger und Systeme intelligenter Verkehrssteuerung besser nutzen.

SPD

Wir brauchen eine neue Verkehrspolitik, die den berechtigten Wunsch nach individueller Bewegungsfreiheit mit dem Schutz von Leben und Umwelt in

Einklang bringt. Hierzu gehört ein Gesamtverkehrskonzept mit den Zielen Verkehrseinsparung, Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger und Optimierung der Verkehrsströme: Wir werden der Bahn den Vorrang geben (...) Wir werden die Kfz-Steuer abschaffen und auf die Mineralölsteuer umlegen (...)

F.D.P.

Generelle Geschwindigkeitsbegrenzungen sind kein Instrument einer zukunftssträchtigen Verkehrspolitik (...) Die Finanzierung von Verkehrsprojekten auch im Straßenbau muß zunehmend privatwirtschaftlich erfolgen. Dazu sind in verstärktem Maße Maut-Modelle heranzuziehen (...) Ein ra-

scher Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere in den neuen Bundesländern, ist ohne Nutzung privaten Kapitals nicht möglich (...)

CSU

Verkehr muß vermieden werden, wo immer es möglich ist. (...) Wirtschaftliches Wachstum muß ohne weiteres Wachstum des Verkehrs möglich werden. Die CSU wird deshalb die marktwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß unnötiger Verkehr, vor allem unnötiger Güterverkehr, vermieden wird.

PDS

Wir treten ein für: die drastische Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes

durch Verkehrsvermeidung und -verminderung sowie umfassend geförderte Energieeinsparung; ein ökologisch orientiertes Gesamtverkehrskonzept, insbesondere dafür, Gütertransport auf der Straße und individuellen Autoverkehr radikal zu vermindern und aus den Innenstädten zu verbannen, dagegen den öffentlichen Personennahverkehr umfassend zu fördern (...)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(...) die Antwort auf die Zerstörung unseres Planeten darf sich nicht in einzelnen Umweltschutzmaßnahmen erschöpfen (...) Unsere ökologischen Ziele weisen weit über die heutige Form des gesellschaftlichen Lebens hinaus.

Außen- und Sicherheitspolitik

CDU

Wir Deutschen sind bereit und in der Lage, unserer gewachsenen außenpolitischen Verantwortung gerecht zu werden. Deutschland muß wie alle anderen Partner an der europäischen Verteidigung und den gemeinsamen Aufgaben im Rahmen des NATO-Bündnisses teilnehmen und die Rechte und Pflichten, die es mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen übernommen hat, in vollem Umfang wahrnehmen können. Wir wollen, daß sich Deutschland im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen an Aktionen der UNO, NATO, WEU und KSZE zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens beteiligen kann.

SPD

Die SPD bekennt sich zum Auftrag der Bundeswehr bei der Verteidigung unseres Landes und unserer Bündnispartner sowie bei Katastrophen- und humanitärer Hilfe. Gemeinsam mit den Streitkräften unserer Bündnispartner

muß die Bundeswehr militärischen Schutz bieten und zugleich Abrüstung und Vertrauensbildung in ganz Europa aktiv mitgestalten (...) Wir lassen uns von dem in Artikel 1 der UNO-Satzung genannten Ziel leiten, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“ (...) Wir setzen uns dafür ein, daß die UNO-Blauhelm-Einsätze in der UNO-Charta verankert werden. Auch wenn das Spektrum der Blauhelm-Missionen breiter und ihre Durchführung zum Teil sehr viel komplizierter geworden ist, ist eine klare Grenzziehung möglich und erforderlich zwischen Blauhelm-Missionen (= peace-keeping) einerseits und Kriegsführung andererseits.

F.D.P.

Die F.D.P. will, daß sich die Bundeswehr im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen gemäß der Charta der Vereinten Nationen an allen internationalen Maßnahmen zur Friedenssicherung beteiligen kann. Das umfaßt

sowohl friedenerhaltende wie friedensschaffende Maßnahmen. Für die F.D.P. sind internationale Bundeswehreinsätze grundsätzlich nur eingebettet im Rahmen der Systeme kollektiver Sicherheit von UNO und KSZE sowie in Systemen kollektiver Verteidigung wie NATO, WEU und einer zukünftigen gemeinsamen europäischen Verteidigung zulässig. Die F.D.P. will dafür eine Änderung des Grundgesetzes.

CSU

Der Auftrag der Bundeswehr (...) bleibt bestehen: Freiheit schützen, Frieden sichern, Krieg verhindern. Umfang und Kampfkraft haben sich an der Bedrohungslage zu orientieren. Dazu gehört die Bereitschaft, die Bundeswehr auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zur Erhaltung und Herstellung des Weltfriedens zusammen mit den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und der NATO einzusetzen.

PDS

Im Zentrum unserer sicherheitspolitischen Forderungen stehen: das Verbot des Bundeswehreinsatzes außerhalb der Grenzen der BRD und bei inneren Konflikten; das umfassende und vollständige Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von Kernwaffen; Entwicklungs- und Produktionsstopp für neue Waffensysteme; die Abschaffung der Wehrpflicht und aller anderen Zwangsdienste als Schritt zur Abschaffung der Armee überhaupt; das Verbot aller Waffenexporte (...) die sofortige Kürzung des Verteidigungshaushaltes um mindestens 30 Prozent (...) die Auflösung von NATO und WEU und ihre Ersetzung durch weltweite und gesamteuropäische kooperative Sicherheitssysteme.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir halten an unserem Ziel einer Abschaffung der Bundeswehr und der Entmilitarisierung der Politik fest.

Europa

CDU

Entscheidende Grundlage für die politische Einheit Europas bleibt die freiheitliche, demokratische Ordnung (...) Das vereinte Europa bedarf der demokratischen Führungsorgane, die verantwortlich für Europa handeln können. Dazu ist nötig, daß das Europäische Parlament schrittweise die Verfassung für Europa weiterentwickelt und verwirklicht (...) Unser Ziel ist die Herausbildung eines demokratischen europäischen Bundesstaates. Wir bekennen uns zum Föderalismus als Leitbild für Europa (...) Er sichert die Verteilung und Kontrolle von Macht nach dem Grundsatz der Subsidiarität, das heißt: Was besser durch die Gemeinden, die Regionen und die Staaten entschieden, ausgeführt und kontrolliert werden kann, soll der jeweiligen Ebene vorbehalten bleiben.

SPD

Das Ziel bleibt eine Union europäischer Völker, die eine Wirtschafts- und Währungsunion, eine Sozial- und Umweltunion und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu einer politi-

schen Union zusammengefaßt (...) Die europäische Verfassung soll den Grundsätzen der Demokratie auf europäischer Ebene Geltung verschaffen. Das Subsidiaritätsprinzip muß konsequent angewandt werden: soviel europäische Regelungen wie nötig, soviel dezentrale Entscheidungskompetenzen wie möglich (...) Wir setzen uns deshalb für eine Erweiterung der EG ein. Allerdings hat sie Grenzen: Die Erweiterung darf den Integrationsprozeß nicht behindern und muß sich an klaren Kriterien orientieren. Dazu gehören auf der Seite beitragswilliger Staaten demokratische und entwickelte wirtschaftliche Strukturen, die die Integration ermöglichen.

F.D.P.

Für Liberale gibt es zur Weiterentwicklung der europäischen Integration keine Alternative. Die Europäische Union soll kein zentralistischer europäischer Superstaat, sondern ein moderner, demokratischer und föderaler Staatenverbund werden (...) Wir wollen eine europäische Verfassung mit Grundrechtskatalog (...) Auf der 1996 vorgesehenen Regierungskonferenz (...) müs-

sen substantielle Demokratisierungsfortschritte erreicht werden. Dazu gehören: volles Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments, Initiativrecht für das Europäische Parlament und die Wahl des Parlaments nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts.

CSU

Die CSU strebt keinen europäischen Bundesstaat, sondern ein Europa der Nationen an. Wir fordern daher für die Europäische Union nicht nur demokratische und soziale, sondern auch freiheitliche und föderale Strukturen, in welchen das Subsidiaritätsprinzip herrscht. Danach darf die Europäische Gemeinschaft Aufgaben nur dann übernehmen, wenn ihre Erfüllung auf europäischer Ebene im Interesse der Bürger unabwendbar notwendig ist und ihre volle Wirksamkeit nur auf Gemeinschaftsebene erreicht werden kann. Die nationalen, regionalen und lokalen Institutionen müssen einen eigenverantwortlichen Gestaltungsspielraum behalten, damit sachgerechte und bürgernahe Entscheidungen getroffen werden können.

PDS

Die Partei des Demokratischen Sozialismus ist für die europäische Einigung. Unsere Europaidee umfaßt mehr als die Staatengemeinschaft, die sich derzeit in der Europäischen Union zusammengeschlossen haben (...) Der mit dem Maastrichter Vertrag eingeschlagene Kurs widerspricht jedoch den Erfordernissen der heutigen Zeit (...) Die Europäische Union braucht transparente politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse (...) Eine Sozialunion, die die sozialen Interessen der Bürgerinnen und Bürger wirksam schützt, ist für die PDS unverzichtbar.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(...) bekennen sich zur politischen Integration Europas (...) (Sie) streben keinen vollausgebauten europäischen Bundesstaat an. Die anstehenden Probleme jeweils auf der Ebene zu lösen, die ihnen angemessen ist, erfordert einen Zweckverband, der sich im Laufe der Entwicklung der Gemeinschaftspolitiken und der Dezentralisierung und Demokratisierung die Gemeinschaftskompetenzen herausbilden wird (...) Für einen ökologischen und sozialen Umbau ist die EG unverzichtbar.

Die Texte sind folgenden Quellen entnommen:

CDU: Leittrag des Bundesvorstandes zum neuen Grundsatzprogramm an den 5. Parteitag im Februar 1994.

SPD: Parteitagebeschlüsse, November 1993.

F.D.P.: Entwurf des Aktionsprogramms für den Bundestagswahlkampf 1994.

CSU: Grundsatzprogramm, Dezember 1993.

PDS: Wahlprogramm der PDS 1994. Dezember 1993.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Entwurf für das Europawahlprogramm. Januar 1994.

Auf die Zweitstimme kommt es an

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wahlberechtigte zwei Stimmen; sie heißen Erststimme und Zweitstimme

Wahlentscheidend ist nur die Zweitstimme

Denn nach dem Anteil der Parteien an den Zweitstimmen...

...richtet sich ihr Anteil an den 656 Bundestagssitzen

Wozu dann noch die Erststimme?

Damit die Wähler direkt über die Person entscheiden können, die ihren Wahlkreis im Bundestag vertritt

● Die Parteien stellen Kandidaten in den Wahlkreisen auf.

● In jedem Wahlkreis gibt es nur einen einzigen Sieger; es ist jener Kandidat, der die meisten Erststimmen erhält. Er zieht in den Bundestag ein.

● Da es nur 328 Wahlkreise gibt, ist damit erst die Hälfte der 656 Bundestagssitze besetzt.



● Die andere Hälfte wird so verteilt: Jede Partei zieht von der Gesamtzahl der gewonnenen Sitze (siehe oben) jene ab, die von den Wahlkreissiegern dieser Partei besetzt sind. Die verbleibenden Sitze bekommen Kandidaten von den Landeslisten der Partei.

● Wenn eine Partei mehr Wahlkreissieger hat, als ihr Bundestagsitze zustehen, bekommt sie entsprechend zusätzliche Sitze. Dann erhöht sich auch die Gesamtzahl der Bundestagssitze („Überhangmandate“).



Die Landtagswahlen

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat. Innerhalb des Bundes gibt es 16 Bundesländer, denen das Grundgesetz den Charakter von Gliedstaaten mit einer Volksvertretung und Regierung zuerkennt. Die staatlichen Aufgaben sind zwischen Bund und Ländern verfassungsrechtlich aufgeteilt. In Politikbereiche, die den Ländern ausschließlich zukommen, etwa in das Schulwesen, kann der Bund nicht hineinregieren. Auf anderen Gebieten kann er rahmengesetzliche Vorgaben machen, die Einzelheiten regelt dann jedes Land für sich. Die Länder ihrerseits bestimmen in Bonn mit. Mitglieder ihrer Regierungen sitzen im Bundesrat, der über jedes Gesetz und jede Verordnung mitberät und erheblichen Einfluß ausübt. Wenn Gesetze die Belange der Länder berühren, kommen sie ohne die Zustimmung des Bundesrates nicht zustande.

So sind die Ergebnisse von Landtagswahlen immer auch bundespolitisch wichtig: Sie verändern unter Umständen das Kräfteverhältnis im Bundesrat, wo zur Zeit die SPD-geführten Bundesländer eine Mehrheit haben und erheblichen Einfluß nehmen können. Im Konfliktfall können sie zustimmungspflichtige Gesetzesvorhaben der Bundesregierung so lange blockieren, bis im Vermittlungsausschuß eine für sie befriedigende Einigung gefunden wurde.

Die Landespolitik wird in ihrer Bedeutung und in ihren Gestaltungsmöglichkeiten von manchen Bürgern unterschätzt. Auch da, wo die Länder lediglich in einem vom Bund vorgegebenen Rahmen tätig werden können – wie im Umweltschutz – oder wo sie Gesetze des Bundes ausführen, haben sie mehr oder weniger große Gestaltungsspielräume. Die allein der Landespolitik unterliegenden Zuständigkeitsbereiche (Länderhoheit) sind höchst komplizierte Sachthemen, von denen sich in der Regel nur bestimmte Wählergruppen betroffen fühlen. Zum Beispiel Fragen der Schulentwicklung, der Ausbau von Kindergärten, die Kulturpolitik oder die regionale Wirtschaftsförderung. Sie eignen sich häufig nicht so recht für spektakuläre Schlagzeilen und politische Profilierung.

Landtagswahlen stehen immer im Schatten der Bundespolitik. Dennoch gelten sie als Gradmesser für die bundesweite Stimmung der Bevölkerung zwischen zwei Bundestagswahlen. Je nach Bedarf und Ergebnis unterstreichen oder bestreiten die politischen Parteien diesen Charakter als Testwahl. Das wird ganz besonders im Jahre 1994 so sein. Sieben Landtagswahlen stehen an: Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wählen im Frühjahr, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Thüringen wählen im Herbst.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen gilt wie bei der Bundestagswahl die sogenannte personalisierte Verhältniswahl. Ein Teil der Abgeordneten wird in Wahlkreisen direkt gewählt, der Rest der Mandate wird über Landeslisten der Parteien vergeben – in Hessen und in den neuen Bundesländern je zur Hälfte, überall sonst werden mehr Direktmandate vergeben. Jeder Wahlberechtigte hat also bei diesen Wahlen wie bei der Bundestagswahl zwei Stimmen (Ausnahmen: Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein).

Eine Besonderheit gilt in Bayern: Dort geben sogenannte halböffentliche Listen dem Wähler zusätzlichen Einfluß auf die Reihenfolge der Listenkandidaten und damit auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments. Mit seiner zweiten Stimme kann der Wähler gezielt einen Kandidaten auf der Parteiliste unterstützen. Bis zu 80 Prozent der Wähler nutzen diese Möglichkeit, die Reihenfolge der Kandidaten zu ändern. Bei der letzten Landtagswahl am 14. Oktober 1990 haben durch diese Eingriffe der Wähler zwölf von den Parteien vorgesehene Kandidaten den Einzug in den Landtag nicht geschafft.

die aus der SED hervorgegangene PDS und der Zusammenschluß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre Vertretung im Parlament verdanken. Zwei Besonderheiten zeichneten die Wahl aus:

- Die alten und die neuen Bundesländer bildeten zwei getrennte Wahlgebiete. Zur Überwindung der Sperrklausel genügte es, 5 Prozent in einem der beiden Wahlgebiete zu erreichen. Die PDS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreichten mehr als 5 Prozent in den neuen Ländern.
- Unterschiedliche Parteien konnten sich zu Listenvereinigungen zusammenschließen, um gemeinsam die Fünfprozenthürde zu überwinden. Deshalb sind die Wahlergebnisse von 1990 nicht ganz mit denen früherer Bundestagswahlen zu vergleichen.

Alle diese Sonderregelungen waren einmalig und gelten bei der Bundestagswahl 1994 nicht mehr. 1990 sind 77,8 Prozent der stimmberechtigten Bürger zur Wahl gegangen, das war die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl seit 1949.

Die Bundestagswahl 1990

Wahlbeteiligung: Gesamt = 77,8 %; West = 78,5 %; Ost = 74,5 %				
Partei	gesamtes Wahlgebiet %	M	Wahlgebiet West %	Ost %
CDU	36,7	268	35,5	41,8
CSU	7,1	51	8,8	–
F.D.P.	11,0	79	10,6	12,9
SPD	33,5	239	35,7	24,3
PDS	2,4	17	0,3	11,1
GRÜ (West)	3,8	–	4,8	–
B 90/GRÜ (Ost)	1,2	8	0,0	6,0
REP	2,1	–	2,0	1,3
Sonstige	3,0	–	–	–

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 146 vom 19. 12. 1990 und „Das Parlament“ Nr. 50 vom 7. 12. 1990.

Ergebnisse der Landtagswahlen 1985 bis 1993

	Wahljahr	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne Parteien	PDS/Linke Liste	Rechte Parteien*	Sonstige
Berlin (West)	1989	79,6	37,7	37,3	3,9	AL 11,8 ^{a)}	–	7,5 (Rep)	7,6
Berlin (Gesamt)	1990	80,8	40,4	30,4	7,1	AL 5,0 B' 90 4,4	9,2	3,1 (Rep)	0,4
Bremen	1987	75,6	23,4	50,5	10,0	10,2	–	3,4 DVU	2,4
Bürgerschaft	1991	72,2	30,7	38,8	9,5	11,4 ^{b)}	–	6,2 DVU	3,4
Hamburg	1991	66,1	35,1	48,0	5,4	7,2	–	1,2 (Rep)	3,1
Bürgerschaft	1993	69,6	25,1	40,4	4,2	13,5 ^{c)}	–	4,8 (Rep)	6,4 Statt-Part. 5,6 %
Baden-Württemberg	1988	71,8	49,0	32,0	5,9	7,9	–	2,1 NPD	3,1
	1992	70,2	39,6	29,4	5,9 ^{d)}	9,5	–	10,9 (Rep)	4,7
Bayern	1986	70,1	56,6	26,8	3,6	7,6	–	3,0 (Rep)	2,4
	1990	66,0	54,9 ^{e)}	26,0	5,2	6,4	–	4,9 (Rep)	8,3
Hessen	1987	80,3	42,1	40,2	7,8	9,4	–	–	0,5
	1991	70,8	40,2	40,8	7,4	8,8	–	1,7 (Rep)	2,8
Niedersachsen	1986	77,3	44,3	42,1	6,0	7,1	–	–	0,5
	1990	74,9	42,0	44,2	6,0	5,5	–	1,5 (Rep)	1,0
Nordrhein-Westfalen	1985	75,3	36,5	52,1	6,0	4,6	–	–	0,8
	1990	71,8	36,7	50,0	5,8	5,0	–	1,8 (Rep)	0,7
Rheinland-Pfalz	1987	77,1	45,1	38,8	7,3	5,9	–	2,0 (Rep)	2,9
	1991	73,9	38,7	44,8	6,9	6,5	–	–	1,1
Saarland	1985	85,0	37,3	49,2	10,0	2,5	–	0,7 NPD	0,3
	1990	83,2	33,4	54,4	5,6 ^{f)}	2,6	–	3,4 (Rep)	0,6
Schleswig-Holstein	1988	77,4	33,3	54,8	4,4	2,9	–	1,2 NPD	3,4
	1992	71,8	33,8	46,2	5,6	4,9	–	6,3 DVU	1,9
Brandenburg	1990	67,14	29,4	38,2	6,6	2,8/6,4 ^{g)}	13,4	1,1 (Rep)	1,9
Mecklenburg-Vorpommern	1990	64,7	38,3 ^{h)}	27,0	5,5 ⁱ⁾	4,2/2,2 ^{k)}	15,7	0,9 (Rep)	6,3
Sachsen	1990	72,8	53,8	19,1	5,3	–	10,2	0,7 NPD	11,0
Sachsen-Anhalt	1990	65,1	39,0	26,0	13,5	5,3 ^{l)}	12,0	0,6 (Rep)	3,5
Thüringen	1990	71,7	45,4	22,8	9,3	6,5 ^{m)}	9,7	0,8 (Rep)	5,6

Anmerkungen:

* Es ist jeweils die Partei mit der höchsten Stimmenzahl angegeben.

a) AL = Alternative Liste

B' 90 = Bündnis 90.

b) Prozentzahlen für Die Grünen; ebenfalls unter diesem Namen in folgenden Bundesländern zur Wahl angetreten: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein.

c) unter dem Namen: Die Grünen/GAL.

d) als F.D.P./DVP angetreten.

e) Prozentzahlen für CSU (ohne CDU).

f) als DPS/F.D.P. angetreten.

g) getrennt angetreten:

Die Grünen 2,8 %;

Bündnis 90 6,4 %.

h) CSU ebenfalls angetreten: (1,1 %).

i) Name F.D.P./Libérale, ebenso in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

k) getrennt angetreten: Die Grünen 4,2 %;

Bündnis 90 2,2 %.

l) zusammen zur Wahl angetreten:

Bündnis 90/Die Grünen.

m) Wahlbündnis:

Neues Forum/Die Grünen/Demokratie jetzt.

zusammengestellt aus:

Woyke, Wichard: *Stichwort: Wahlen*, Leske Verlag + Budrich, 8. Auflage, Opladen 1994.

Ein einfaches Verhältniswahlrecht gilt dagegen in Bremen, Hamburg und im Saarland. Alle Abgeordneten kommen über starre Listen in die Volksvertretung. In Bremen sind es zwei Listen, weil Bremen und Bremerhaven getrennte Wahlgebiete sind, in Hamburg ist es nur eine. Im Saarland wird nach Kreis- und Landeslisten gewählt.

Die Kommunalwahlen

Nach einer Befragung des Forsa-Instituts vom Oktober 1993 meinen 22 Prozent der Wahlberechtigten, auf die Teilnahme an Kommunalwahlen am ehesten verzichten zu können. Kommunalwahlen stehen 1994 in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, im Saarland, in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg an. Viele Bürger unterschätzen die Bedeutung der Kommunalen Selbstverwaltung erheblich. Dabei sind hier die Beteiligungsmöglichkeiten und die persönliche Betroffen-

heit des Bürgers am größten. Bei keiner anderen Wahl ist es so leicht, sich als Kandidat aufstellen zu lassen und ein Mandat zu erringen. Die Bereitschaft ist dennoch gering – besonders in den neuen Bundesländern. In Brandenburg ist es den Parteien in mehr als zwanzig Gemeinden nicht gelungen, für die Kommunalwahlen am 5. Dezember 1993 genügend Bewerber aufzubieten.

Dem Wähler bieten die Kommunalwahlssysteme in einigen Bundesländern große Einflußmöglichkeiten. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wählen zum Beispiel mit freien Listen: Jeder Wähler hat so viele Stimmen, wie Mandate zu vergeben sind. Auf einzelne Kandidaten kann er bis zu drei Stimmen anhäufen (kumulieren). Außerdem kann er seine Stimmen auf verschiedene Listen verteilen und sich so Politiker aussuchen, die er im Rat gerne sehen möchte (panaschieren). Nicht ganz so aufwendig wählen voraussichtlich die neuen Bundesländer, wenn sie, wie angekündigt, das Wahlsystem von Brandenburg übernehmen. Immerhin kann jeder Wähler drei Stimmen kumulieren und panaschieren. (Siehe ausführlicher in den *Informationen zur politischen Bildung* Kommunalpolitik Nr. 242.)

Das Europäische Parlament

Die Arbeit des Europäischen Parlaments (EP) findet nur geringe Resonanz in den Medien, deshalb erfahren die Bürger sehr wenig darüber. Viele Journalisten wie auch ein großer Teil der Bürger meinen immer noch, daß in Straßburg nichts wirklich Wichtiges entschieden wird. Früher war das durchaus zutreffend, heute ist es ein Irrtum. Die Rechte der seit 1979 direkt gewählten Vertreter der Bürger der Europäischen Union sind 1987 durch die „Einheitliche Europäische Akte“ und 1993 durch die Ratifizierung des Vertrages von Maastricht erheblich erweitert worden. An dem Prozeß, der nach Maastricht und zur Bildung der Europäischen Union führte, war das Europäische Parlament durch zahlreiche Initiativbeschlüsse, Resolutionen und Vertragsgesetzentwürfe maßgeblich beteiligt.

Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Gemeinschaft, als Vertretung der zwölf Regierungen oberstes Beschlußorgan, und der EU-Kommission als dem Exekutivorgan der Gemeinschaft gestaltet das EP heute den Europäischen Einigungsprozeß und die praktische Politik.

Das Europäische Parlament, das stets auf fünf Jahre gewählt wird,

- hat das wichtige Recht, zusammen mit dem Rat über den Haushalt der Gemeinschaft zu entscheiden. Schon zweimal – 1980 und 1985 – hat es den Haushaltsansatz der EG-Kommission abgelehnt und wichtige Änderungen auch im Agrarhaushalt durchgesetzt, über den der Rat die letzte Entscheidung hat. Das Parlament hat das letzte Wort bei allen sogenannten „nicht-obligatorischen“ Ausgaben der EU, d. h. es kann Ausgabenansätze für Regional- und Sozialpolitik, für Umwelt und Forschung erhöhen oder anders verteilen.

- muß seine Zustimmung bei der Besetzung der EG-Kommission geben, deren Amtszeit der Legislaturperiode des Parlaments angeglichen wird; es kann die Kommission mit einer Zweidrittelmehrheit durch sein Mißtrauensvotum zum Rücktritt zwingen.

- bekommt alle Richtlinien und Verordnungen, die die EG-Kommission in Brüssel ausarbeitet, zur Beratung zugeleitet, bevor der Ministerrat endgültig entscheidet. Die Einrichtung neuer Strukturfonds der Gemeinschaft und die Festlegung ihrer Aufgaben, der Abschluß von Verträgen mit Drittstaaten und internationalen Organisationen, die finanzielle und institutionelle

Auswirkungen haben, bedürfen seiner Zustimmung. Bei der Verabschiedung eines Rechtsaktes zu Themen wie Binnenmarkt, Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Forschung, Gesundheitswesen oder transeuropäische Netze in der Energieversorgung müssen Rat, Europäisches Parlament und Kommission zusammenarbeiten. Können sie sich nicht einigen, wird ein aus Rat und Parlament paritätisch besetzter Vermittlungsausschuß einberufen. Bei anderen Themen kann das Parlament zumindest Änderungen anregen, die in den vergangenen Jahren zu einem großen Teil von Kommission und Rat akzeptiert wurden. So kann das Europäische Parlament bei einem großen Teil der EU-Rechtssetzung massiv Einfluß nehmen, ob es z. B. um Sicherheitsnormen für Spielzeug, um die Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen von Bauaufträgen oder um Vermarktungsvorschriften für Kartoffeln geht.

- kann die Politik der EU kontrollieren, indem es z. B. vor dem Europäischen Gerichtshof klagt, wenn es glaubt, daß die anderen Organe der Gemeinschaft seine Befugnisse verletzen; es kann außerdem Untersuchungsausschüsse einsetzen.

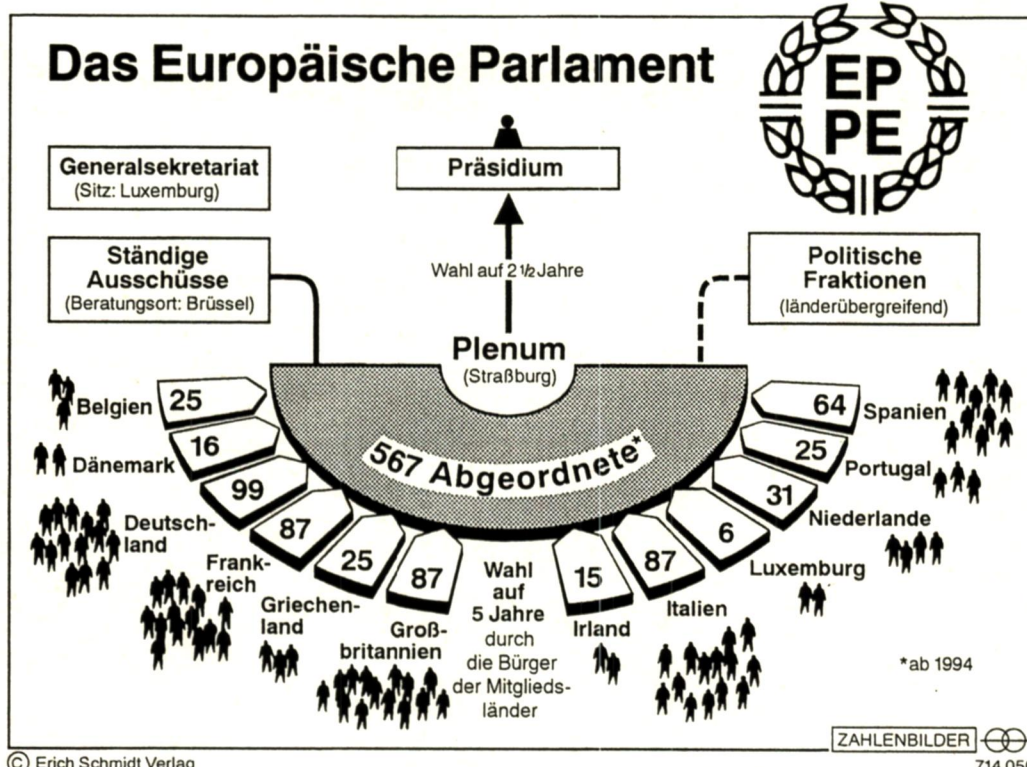
- besitzt ein umfassendes Fragerecht, d. h. es kann durch mündliche und schriftliche Anfragen Rat und Kommission zwingen, Dinge öffentlich zu machen und Stellung zu beziehen.

Ein ganz „normales“ Parlament ist das Europäische Parlament trotzdem noch nicht – schließlich ist die Europäische Union immer noch ein Staatenbund und kein parlamentarisch-demokratischer Bundesstaat. Es gibt keine „Europäische Regierung“, die es einsetzt. Das letzte Wort haben in der Regel die Regierungen der zwölf Mitgliedstaaten. So fehlen dem Europäischen Parlament nach wie vor wichtige parlamentarische Rechte, z. B. auch die Möglichkeit zur Gesetzesinitiative.

Im 1989 gewählten EP sitzen 518 Mitglieder aus über 80 Parteien in den zwölf Mitgliedstaaten. Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien sind mit jeweils 81 Abgeordneten vertreten, Spanien hat 60 Sitze, die Niederlande 25, Belgien, Griechenland und Portugal haben jeweils 24, Dänemark 16, Irland 15 und Luxemburg 6 Sitze. Hinzu kamen 1990 nach der deutschen Vereinigung 18 Beobachter aus den neuen Bundesländern, die der deutsche Bundestag benannt hat. Die kleinen Länder sind mit dieser Mandatsaufteilung bewußt stärker repräsentiert als die großen, die schon auf Grund ihrer Wirtschaftskraft ohnehin mehr Einfluß haben: Ein luxemburgischer Abgeordneter z. B. vertritt derzeit rund 60 000 Wähler, ein dänischer rund 219 000, ein

italienischer 699 000 und ein deutscher Abgeordneter 759 000. Ins kommende Europäische Parlament wird Deutschland 99 Abgeordnete entsenden. Durch einen neuen Verteilungsschlüssel werden sich außerdem folgende Mandatszahlen ergeben: Frankreich, Großbritannien und Italien haben jeweils 87 Sitze, Spanien 64, Niederlande 31, Belgien, Griechenland und Portugal haben jeweils 25 Sitze, Dänemark 16, Irland 15 und Luxemburg 6 Sitze.

Nach der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht und der Bildung der Europäischen Union sind 1994 erstmals alle europäischen Bürger wahlberechtigt, unabhängig davon, in welchem Mitgliedsstaat sie wohnen. In Deutschland betrifft dies vor allem die Italiener, Spanier, Griechen und Portugiesen. Sie können sich grundsätzlich entscheiden, ob sie sich an der Wahl der deutschen Abgeord-



neten beteiligen oder (z. B. über Wahlurnen in den Konsulaten bzw. Briefwahl) an der Wahl in ihrem Herkunftsland beteiligen möchten. Die Einzelheiten der Durchführung regelt ein Gesetz, das derzeit in der parlamentarischen Beratung ist.

Parteien und Fraktionen

Bereits im Vorfeld der ersten Direktwahl des Europäischen Parlament haben sich Europaparteien gebildet: 1974 schlossen sich die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien im „Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“ (SPE) zusammen. Ihm gehören heute 14 Parteien aus elf Ländern an; mit 198 Sitzen ist er die stärkste politische Kraft. 1976 folgten die europäischen Liberalen unter dem Parteinamen Europäische Liberale Demokraten (ELD), die 45 Abgeordnete stellen. Ebenfalls 1976 haben die christlich-demokratischen Parteien die Europäische Volkspartei (EVP-CD) gegründet. Mit 162 Mandaten ist sie die zweitstärkste Fraktion.

Auch fast alle übrigen Abgeordneten haben sich über nationale Grenzen hinweg nach politischen Richtungen zu Fraktionen zusammengeschlossen:

- ◇ Fraktion Die Grünen im Europäischen Parlament (28 Abgeordnete) –
- ◇ Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten (SdED) (Gaullisten u. a. 20 Abgeordnete) –
- ◇ Regenbogen-Fraktion (REG) im Europäischen Parlament (Regionalparteien, 16 Abgeordnete) –

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach Fraktionen und Mitgliedstaaten

	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	P	UK	Insg.
SPE	8	3	31	9	27	21	1	34	2	8	8	46	198
EVP-CD	7	4	32	10	17	12	4	27	3	10	3	33	162
ELD	4	3	5	–	5	9	2	3	1	4	9	–	45
Grüne	3	1	6	–	1	8	–	7	–	2	–	–	28
SdED	–	–	–	1	2	11	6	–	–	–	–	–	20
REG	1	4	1	–	3	1	1	3	–	–	1	1	16
TFER	1	–	3	–	–	10	–	–	–	–	–	–	14
KdL	–	–	–	3	–	7	–	–	–	–	3	–	13
FL	–	1	3	1	5	2	1	7	–	1	–	1	22
Insg.	24	16	81	24	60	81	15	81	6	25	24	81	518

Quelle: Europäisches Parlament, Stand: November 1993.

◇ Technische Fraktion der Europäischen Rechten (TFER) (14 Abgeordnete; deren parlamentarische Rechte wurden durch Mehrheitsbeschluß beschränkt, z. B. wurden sie von der Besetzung von Ausschußvorsitz, Präsidium u. ä. ausgeschlossen) –

◇ Koalition der Linken (KdL) (13 Abgeordnete) –

◇ Daneben gibt es 22 fraktionslose Abgeordnete im Europäischen Parlament.

Direktwahlen zum Europäischen Parlament in Deutschland

	1979	1984	1989
Wahlbeteiligung	65,7 %	56,8 %	62,3 %
SPD	40,6 %	37,4 %	37,3 %
CDU	39,1 %	37,5 %	29,5 %
CSU	10,1 %	8,5 %	8,2 %
CDU/CSU	49,2 %	45,9 %	37,8 %
FDP	6,0 %	4,8 %	5,6 %
Grüne	3,2 %	8,2 %	8,4 %
Sonstige	0,8 %	3,7 %	9,3 %

Quelle: Europäisches Parlament.

Drei Wahlen zum Europäischen Parlament hat es bislang gegeben, seit es von den Völkern der Europäischen Gemeinschaft direkt gewählt wird. Beim ersten Mal – 1979 – war die Wahlbeteiligung in Deutschland mit 65,7 Prozent am höchsten. 1984 gingen nur noch 56,8 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne, 1989 waren es 62,3 Prozent.

Jede Nation der Europäischen Gemeinschaft wählt die ihr zustehenden Abgeordneten getrennt von den anderen. Ein einheitliches europäisches Wahlrecht, das es längst geben sollte, ist noch nicht zustande gekommen. In Deutschland ist die Europawahl eine reine Verhältniswahl mit der üblichen Fünfprozentklausel. Es gibt keine Wahlkreise und somit auch keine Einzelkandidaten, sondern nur Parteilisten. Jeder Bürger hat also auch nur eine Stimme. Die Mandate werden nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren auf die Listen aufgeteilt.

Wegen der geringen Wahlbeteiligung und der Neigung vieler Bürger, bei den Europawahlen ihrer Proteststimmung freien Lauf zu lassen, konnten 1989 die Republikaner ihren ersten Wahlerfolg verbuchen.

Fünf Fragen zu Wählern und Wahlen

Michael Bechtel

Kommt es auf meine Stimme überhaupt an?

Über 60 Millionen Wahlberechtigte gibt es bei den Bundestagswahlen – da scheint die einzelne Stimme bedeutungslos. Das ist sie aber nicht. Die Wahlentscheidung ist die Summe der vielen individuellen Entscheidungen der Bürger, sich zu engagieren, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen und damit das politische System der parlamentarischen Demokratie zu stärken und zu stützen. Aber auch für das Wahlergebnis ist jede Stimme wichtig. Es hat schon sehr knappe Entscheidungen gegeben, wo wenige Tausend Stimmen über Sieg oder Niederlage, über den Einzug einer Partei ins Parlament oder das Scheitern an der Fünfprozenthürde, über Regierungs- oder Oppositionsrolle entschieden haben. Im Wahlkreis geht es manchmal buchstäblich um eine einzige Stimme. Außerdem: Wer zu Hause bleibt, muß wissen, daß er das Gewicht jeder einzelnen der abgegebenen Stimmen erhöht. Er bewirkt zum Beispiel, daß die Fünfprozenthürde leichter zu nehmen ist und gibt radikalen Splittergruppen, deren Anhänger auf jeden Fall zur Wahl gehen, damit eine bessere Chance.

Kann es mir egal sein, wer regiert?

Alle Parteien machen das Gleiche.“ „Die Parteien gleichen sich wie ein Ei dem anderen.“ Am Stammtisch mögen solche und ähnliche Parolen Zustimmung finden. Der Realität halten solche Aussagen nicht stand. Es gibt (zum Glück) manchmal Einigkeit zwischen den Parteien, was zu tun ist. Viel öfter jedoch gehen die Argumente und Vorschläge der Parteien in ganz unterschiedliche Richtungen. Zum Beispiel werden folgende Fragen sehr kontrovers diskutiert: Soll der Staat in der gegenwärtigen Finanznot noch mehr Mittel für die Bundeswehr streichen oder noch mehr beim Kindergeld einsparen? Oder soll er lieber die Steuern erhöhen oder die Kaufkraft fördern? Hilft es den Menschen, wenn die Ladenschlußzeiten wegfallen, oder raubt es nur den Angestellten ihren Feierabend? Ist die Autobahngebühr die beste Maßnahme zur Reduzierung des Benzinverbrauchs oder eine Erhöhung der Mineralölsteuer? Wer nicht wählt, verzichtet darauf, in diesen und vielen anderen Fragen die eigenen Interessen zu vertreten. Er sollte hinterher sich nicht beklagen, wenn die Mehrheit im Bundestag Dinge beschließt, die ihm nicht passen.

Um seine Interessen vertreten zu können, muß sich der Bürger ein wenig darüber informieren, was die Parteien wollen. Darüber erfährt er viel in Zeitungen, noch genauer steht es in den Parteiprogrammen, die jede Partei kostenlos an Interessenten verschickt.

Gibt es zu viele Wahlkämpfe?

Die Wahlen selbst und noch mehr die Wahlkämpfe kosten viel Geld. Die Parteien bekommen einen Teil ihrer Aufwendungen für diese notwendigen Ausgaben aus der Staatskasse erstattet. Bisher war diese Wahlkampfkostenerstattung die wichtigste Einnahmequelle der Parteien. Bei jeder Wahl flossen fünf DM pro Wahlberechtigten; bei jeder Bundestags-, Europawahl und bei den Landtagswahlen waren es insgesamt rund 226 Millionen Mark. Aufgeteilt wurde dieser Betrag nach dem jeweils erreichten Stimmenanteil.

1994 wird die Kostenerstattung wesentlich geringer sein. Ein neues Gesetz zur Parteienfinanzierung, notwendig geworden durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, gewährt den Parteien einen staatlichen Zuschuß von 50 Prozent zu ihren eigenen Beitrags- und Spendeneinnahmen. Dafür aber beträgt die Wahlkampfkostenerstattung nur noch 1,30 DM für jede der ersten 5 Millionen und 1,- DM für jede weitere gültige Stimme. Die Zahl der tatsächlich abgegebenen Stimmen ist also jetzt maßgebend für die Erstattung.

Eine staatliche Ordnung, die föderal und dezentral aufgebaut ist, leistet sich einen großen Aufwand, um auf allen Ebenen des Staates Demokratie und Bürgermitwirkung zu ermöglichen. Den Kosten stehen aber entscheidende Vorteile gegenüber. Föderalismus – also die Aufteilung der Bundesrepublik in Länder – und die kommunale Selbstverwaltung sorgen dafür, daß nicht alle wichtigen Entscheidungen in einer fernen Regierungszentrale fallen. Länder und Gemeinden regeln in eigener Verantwortung, wie viele und wo Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser gebraucht werden, wohin Wirtschaftsförderung fließt und wo Bauland ausgewiesen wird. Sie können dies besser, weil sie näher am Bürger und den örtlichen und regionalen Problemen dran sind. Sie kennen die gewachsenen Besonderheiten einer Region, auf die es Rücksicht zu nehmen gilt. Was den Ostfriesen genehm ist, muß den Bayern noch lange nicht passen. Man kann nicht gleichzeitig mangelnden Einfluß der Bürger auf die Politik beklagen und die Vielzahl der Wahlen, die einen gewissen Einfluß geben, kritisieren.

Für den Bürger bringt diese politische Ordnung mehr politische Mitwirkungs- und Einflußmöglichkeiten auf die Gestaltung seiner

engeren Heimat. Mit einem Wort: Es bedeutet mehr Freiheit. Dabei gibt es keine unwichtigen Wahlen. Das gilt auch für die Kommunalwahlen. Wenn ein Stadtrat eine Umgehungsstraße durch meinen Vorgarten bauen will, wenn er das Jugendzentrum, das ich regelmäßig besuche, schließen und die Förderung für die Theatergruppe einschränken will, in der ich aktiv bin – dann geht mich das unmittelbar an als vieles, was der Bundestag beschließt. Es lohnt sich, genau hinzuhören, was die Parteien und Bürgervereinigungen eigentlich tun wollen, die sich zur Wahl stellen. Ganz unabhängig davon: Jede Wahl wirkt auf das Meinungsklima im Land und kann vielleicht neue politische Entwicklungen in Gang setzen. Besonders die Landtagswahlen haben direkte Auswirkungen auf die Machtbalance in Bonn. Gibt es einen Regierungswechsel im Land, ändert sich die Mehrheit im Bundesrat, der bei fast allen Entscheidungen von Bundesregierung und Bundestag mitredet und zu vielen Gesetzen und Verordnungen seine Zustimmung geben muß.

Einen „Anschlag auf die Wähler“ nannte kürzlich ein Journalist einen Kommunalwahlkampf, der mit großem Aufwand und zugespitzten Parolen geführt wurde. Sicherlich: Im Wahlkampf bleiben differenzierte Argumentationen und Sachaussagen leicht auf der Strecke. Die von Werbespezialisten ausgetüftelten Parolen vereinfachen, spitzen zu, appellieren häufig an Emotionen. Personen werden in den Vordergrund gestellt. Die Wahlversammlungen sind Jubelveranstaltungen mit eigener Gefolgschaft. Viel Geld stecken die Parteien in die Plakatwerbung und Fernsehspots, die manche Wähler als zu teuer und auch als überflüssig ansehen. Wer das kritisiert, muß sich allerdings fragen lassen, ob er selbst die Partei- und Wahlprogramme studiert hat. Wann er zuletzt bei einer Wahlveranstaltung gewesen ist, um kritische Fragen an den Kandidaten zu stellen. Anspruchsvolles Informationsmaterial gibt es auch; nachgefragt wird es allerdings nur von Bürgern, die meistens schon gut informiert sind.

Angesichts der Reizüberflutung durch die Medien können die Parteien auf moderne Kommunikationsstrategien kaum verzichten. Sie müssen in einfache und eingängige Schlagworte fassen, um was es nach ihrer Meinung geht. Sie müssen ihre politischen Botschaften mit der Ausstrahlung von Persönlichkeiten verbinden, wenn sie eine Chance haben wollen. Ohne die Reize werblicher Botschaften bekäme mancher Wahlberechtigte heutzutage nicht einmal mit, daß Wahl ist.

Machen die da oben, was sie wollen?

Die da oben machen, was sie wollen“, ist eine beliebte Stammtischparole, die durch ständige Wiederholung nicht richtiger wird: „Die da oben“ können eben nicht machen, was sie wollen. Die nächste Wahl kommt ganz bestimmt. Regierungswechsel sind möglich, Beispiele dafür hatten wir auf Bundesebene 1969 und 1982. In den Ländern sind Machtwechsel noch häufiger. In Ländern mit knappen Mehrheiten wie Schleswig-Holstein, Berlin, Niedersachsen oder Hessen ging es schon öfter hin und her. Aber auch sicher geglaubte politische Mehrheiten können kippen wie 1991 in Rheinland-Pfalz, als die Wähler eine über 40jährige CDU-Vorherrschaft beendeten. In der Zeit, für die sie gewählt sind, sollen die Politiker als Vertreter des Volkes sogar nach eigenen Einsichten das tun, was sie für richtig halten. Das ist der Sinn der repräsentativen Demokratie. Die Politiker müssen alle erreichbaren Informationen zu Grunde legen, Experten um ihre Meinung fragen, Folgen abschätzen und dabei stets das Gemeinwohl im Auge haben. Das müssen die Bürger nicht. Sie können sich von Arger, spontanen Stimmungen und egoistischen Interessen leiten lassen. Die von der Demoskopie ermittelten Meinungsschwankungen der Bürger können deshalb kein Maßstab für angemessene Problemlösungen sein. Sonst wäre kaum eine Steuererhöhung und kaum eine Ausgabenkürzung durchsetzbar, und nach einem besonders schrecklichen Kapitalverbrechen wäre schnell die Todesstrafe wieder eingeführt.



Im Alltag handeln die Politiker dennoch vielfach mit Blick auf die Wähler, schließlich wollen sie nach der nächsten Wahl im Amt bleiben. Manche Kritiker unseres Regierungssystems meinen, daß die Politiker zu häufig auf die Gunst der Wähler schielen und deshalb immer nur bis zur nächsten Wahl denken. Sie sollten vielmehr gerade in schwierigen Zeiten öfter den Mut zu unpopulären Entscheidungen haben, wie es z. B. die Kürzung von Leistungen des Staates an die Bürger immer sind.

Warum streiten die Parteien so oft?

Der „Parteienstreit“ ist vielen Deutschen zuwider. Der Streit oder vielmehr die Auseinandersetzung darüber, was richtig oder falsch, was nötig oder überflüssig ist, welche die bessere Problemlösung ist, gehört zur Demokratie. Sicher: der notwendige Streit sollte stets sachlich geführt werden, aber Entgleisun-

gen sind menschlich. Es gibt nun einmal gegensätzliche Interessen und Meinungen in einer Gesellschaft. Wer das ablehnt und nach einer starken Führung ruft, sollte wissen, daß er mit dem Feuer spielt. Einfache und schnelle Lösungen sind meistens Bauernfängerei. Konflikte mit Gewalt zu unterdrücken, ist keine Lösung. Auch in Diktaturen gibt es den Meinungsstreit, nur wird er streng abgeschirmt hinter den Kulissen ausgetragen. Demokraten sind sich bewußt: Niemand hat die Wahrheit für sich gepachtet, in der Politik geht es um das Ringen um Lösungen, die mehrheitsfähig sind. Und die sind in der Regel Kompromisse. Niemand hat dann seine Vorstellungen zu 100 Prozent durchgesetzt, dafür muß sich aber auch niemand untergebuttert fühlen und auf Vergeltung sinnen. Zumal Entscheidungen in einem demokratischen System niemals unwiderruflich sind – mit neuen Mehrheiten können sie geändert werden. Deshalb ist es auch gar nicht seltsam, daß Politiker im Bundestagsrestaurant gemeinsam ein Bier trinken, die sich eben noch vor dem Plenum gestritten haben. Dies ist auch ein Ausdruck demokratischer Kultur.

Wählen in Deutschland von A-Z

Aktives Wahlrecht

Das aktive Wahlrecht meint das Recht, bei einer Wahl seine Stimme abzugeben – im Gegensatz zum passiven Wahlrecht, dem Recht, sich um ein Mandat zu bewerben. Jeder Deutsche, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, besitzt dieses Recht, sofern er im Wahlgebiet seit mindestens drei Monaten wohnt. Von der Wahl ausgeschlossen ist, wer keinen festen Wohnsitz hat, auf richterlichen Beschluß seine bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat oder für geistig unzurechnungsfähig erklärt wurde.

Briefwahl

Die Briefwahl gibt Bürgern, die am Wahltag an der persönlichen Stimmabgabe in dem für sie zuständigen Wahllokal gehindert sind, die Gelegenheit, an der Wahl teilzunehmen. Mit dem auf der Wahlbenachrichtigung aufgedruckten Formular können die Wahlunterlagen angefordert werden. Der Stimmzettel muß brieflich spätestens am ersten Werktag nach dem Wahltag beim Wahlleiter eingehen. Deshalb sind in dem in der Regel am Wahlabend bekanntgegebenen vorläufigen amtlichen Endergebnis die Briefwahlstimmen nicht enthalten. 1990 haben 10,9 Prozent der Teilnehmer an der Bundestagswahl ihre Stimme per Brief abgegeben.

Bundespräsidentenwahl

Die Wahl des Bundespräsidenten erfolgt durch die nur zu diesem Zweck zusammentretende Bundesversammlung. Die Bundesversammlung besteht aus sämtlichen Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die durch die Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Für die Wahl des Bundespräsidenten ist in den ersten beiden Wahlgängen die absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Im dritten Wahlgang genügt die einfache Mehrheit. Die Amtszeit des Bundespräsidenten beträgt fünf Jahre. Er darf nur einmal wiedergewählt werden.

Bundesversammlung

Die Bundesversammlung besteht zur einen Hälfte aus den Mitgliedern des Bundestages und zur anderen Hälfte aus einer ebenso großen Zahl von Mitgliedern, die nach dem Prinzip der Verhältniswahl von den Länderparlamenten bestimmt werden, also entsprechend der Stärke der einzelnen Fraktionen. Wie viele Mitglieder die Landtage jeweils zu wählen haben, richtet sich nach der Bevölkerungszahl ihres Bundeslandes. Die von der Bundesregierung für die 9. Bundesversammlung 1989 festgestellten „Länderquoten“ schwankten zwischen 5 (für den Stadtstaat Bremen) und 141 (für das Land Nordrhein-Westfalen). Bei der

Auswahl der Delegierten für die Bundesversammlung sind die Landtage übrigens nicht auf die eigenen Reihen beschränkt. Die Fraktionen haben vielmehr die Möglichkeit, auch Persönlichkeiten aus anderen Bereichen des öffentlichen Lebens vorzuschlagen.

d'Hondtsches Verfahren

Das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren war früher die am weitesten verbreitete Methode, um die Anzahl der auf einen Wahlvorschlag bzw. auf eine Parteiliste abgegebenen Stimmen in die Zahl der Mandate umzurechnen. Die von den einzelnen Parteien erzielten Stimmenzahlen werden nacheinander durch die Zahlen 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 usw. geteilt. Man erhält dadurch eine Zahlenreihe – der größten Zahl wird Mandat Nr. 1 zugewiesen, der zweitgrößten Mandat Nr. 2 usw.

Rechenbeispiel: Partei A hat 5000 Stimmen, Partei B 3500 Stimmen, Partei C 2700 Stimmen/12 Mandate sind zu vergeben

Teiler	Partei A	Partei B	Partei C
1	5000 (1)	3500 (2)	2700 (3)
2	2500 (4)	1750 (5)	1350 (7)
3	1667 (6)	1167 (9)	900 (11)
4	1250 (8)	875 (12)	675
5	1000 (10)	700	540

Das d'Hondtsche Verfahren begünstigt, wenn auch nur minimal, die großen Parteien. Deshalb wird heute bei den Bundestagswahlen und bei den meisten Landtagswahlen das Hare-Niemeyer-Verfahren angewendet.

Direktmandat

Ein Direktmandat haben Abgeordnete, die im Wahlkreis und nicht über eine Parteiliste gewählt wurden. Sie vertreten die Interessen ihres Wahlkreises im Parlament und halten – schon um von ihrer örtlichen Partei wieder zur Wahl aufgestellt zu werden – Kontakt zu ihrer Wählerschaft, leisten also einen großen Teil ihrer politischen Arbeit im Wahlkreis.

Einzelkandidatur

200 Unterschriften von wahlberechtigten, im Wahlkreis wohnhaften Bürgern reichen aus, um als Einzelkandidat für die Wahl des Deutschen Bundestages zugelassen zu werden. Bei der Wahl 1949 waren drei Einzelkandidaten erfolgreich: Prominente Politiker, die in der Gründungsphase der Bundesrepublik die Unterstützung von Parteien bzw. wichtiger politischer Gruppierungen hatten. Seither hat sich nie wieder ein unabhängiger Kandidat durchgesetzt. Außenseiter erringen allenfalls Achtungserfolge.

Erststimme

Mit seiner Erststimme bestimmt der Wähler den Direktkandidaten seines Wahlkreises. In den Bundestag gewählt ist hier der Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Mit der Erststimme entscheiden die Wähler also, wer – d. h. welche Person – in den Bundestag einzieht. Allerdings nur bei der Hälfte der Abgeordneten; die übrigen Abgeordneten werden mit der Zweitstimme über von den Parteien zusammengestellte Landeslisten gewählt.

Europawahl

Ein europaweit einheitliches Wahlverfahren für das Europäische Parlament, wie es die Verträge der Gemeinschaft vorsehen, ist bisher nicht zustande gekommen. So wählt jedes Land die ihm zustehende Anzahl von Abgeordneten nach eigenen Regeln. Bis auf Großbritannien gelten überall Verhältniswahlssysteme, die allerdings erhebliche Unterschiede aufweisen. Deutschland wählt seine 99 Abgeordneten in reiner Verhältniswahl mit der üblichen Fünfprozenthürde. Der Wähler hat also nur eine Stimme. Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die bei einer Bundestagswahl wahlberechtigt sind – zusätzlich aber auch diejenigen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Land der Europäischen Union haben. Die Parteien können wählen, ob sie eine Liste für das ganze Bundesgebiet oder Landeslisten aufstellen, die dann aber für die Aufteilung der Mandate als verbunden gelten.

Freie Listen

Wo es bei Wahlen freie Listen gibt, kann der Wähler mehrere Stimmen vergeben, die er kumulieren und panaschieren kann. Das System völlig freier Listen gibt es nur bei Kommunalwahlen (Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz). Die größeren Einflußmöglichkeiten des Wählers auf die Zusammensetzung der Vertretungskörperschaft bedeuten ein aufwendigeres Wahlverfahren. In Baden-Württemberg sind die Listen so lang und kompliziert, daß sie acht Tage vor der Wahl den Abstimmungsberechtigten ins Haus geschickt werden.

Halboffene Listen (lose gebundene Listen)

Die halboffenen Listen, wie sie bei der bayerischen Landtagswahl zum Zuge kommen, geben dem Wähler zusätzlichen Einfluß auf die Reihenfolge der Listenkandidaten und damit auf die Zusammensetzung des Parlaments, vermeiden aber die Kompliziertheit

völlig freier Listen. Mit seiner zweiten Stimme kann der Wähler gezielt einen Kandidaten auf der Liste unterstützen. Bis zu 80 Prozent der Wähler nutzen diese Möglichkeit, die Reihenfolge der Kandidaten zu ändern. Bei der Landtagswahl am 14. Oktober 1990 sind zwölf von den Parteien auf der Liste weit oben platzierte Kandidaten deshalb nicht in den Landtag gekommen.

Hare-Niemeyer-Verfahren

So heißt das mathematische Verfahren, mit dessen Hilfe nach dem Bundeswahlgesetz die Zahl der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl in die Zahl der Mandate umgerechnet wird. Auch bei vielen Landtagswahlen hat das Verfahren nach Hare-Niemeyer das früher verbreitete d'Hondtsche Verfahren abgelöst. Auf den Bundestag bezogen bedeutet das: Alle Zweitstimmen für eine Partei aus dem gesamten Bundesgebiet werden mit der Zahl der insgesamt zu vergebenden Bundestagssitze (656) multipliziert und dann durch die Gesamtzahl aller gültigen Zweitstimmen geteilt.

Rechenbeispiel: Partei A hat 12.233.756 von insgesamt 42.596.287 gültigen Zweitstimmen erhalten. 656 Mandate sind vorgesehen.

$$12.233.756 \times 656 = 8.025.343.936 : 42.596.287 = 188,4047765947$$

Die Partei A erhält also 188 Mandate. Diese Berechnung wird nun für jede der an der Wahl beteiligten Parteien durchgeführt. Sind danach noch Mandate übrig, werden sie nach der Höhe der Ziffern hinter dem Komma verteilt.

In einem zweiten Schritt wird ausgerechnet, wie sich die 188 Mandate der Partei A nach dem Anteil der dort erreichten Zweitstimmen auf ihre 16 Landeslisten verteilen. Nehmen wir an, auf eine Landesliste der Partei A, die 1,3 Millionen Zweitstimmen erzielte, entfallen 19 Bundestagsmandate. In diesem Land sind 11 Direktkandidaten der Partei A in ihren Wahlkreisen erfolgreich gewesen – diese Zahl muß von der Gesamtzahl 19 abgezogen werden. Es sind also noch 8 Bundestagsmandate in diesem Bundesland zu vergeben. Diese Plätze werden aus der Landesliste in der festgelegten Reihenfolge besetzt.

Im Gegensatz zu dem früher verbreiteteren Verfahren nach d'Hondt begünstigt das Verfahren nach Hare-Niemeyer minimal die kleineren Parteien.

Hochrechnung

Die Hochrechnung ist ein empirisches Verfahren, um möglichst frühzeitig fundierte Vorhersagen über den Ausgang einer Wahl machen zu können. In ausgewählten repräsentativen Stimmbezirken werden die abgegebenen Stimmen möglichst schnell ausgezählt. Deren Ergebnis wird dann auf das wahrscheinliche Ergebnis der gesamten Wahl hochgerechnet. Die Zuverlässigkeit der Vorhersage wächst mit der Zahl der Stimmbezirke, deren Ergebnisse berücksichtigt werden können.

Kandidatenaufstellung

Die von den Parteien aufgestellten Kandidaten müssen in Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen demokratisch gewählt werden. Das ergibt sich aus Artikel 21 Abs. 1 Satz 3 Grundgesetz: „Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen“. Das Parteiengesetz regelt die dafür geltenden Mindestanforderungen. So ist zum Beispiel die geheime Kandidatenwahl zwingend. Jedes Parteimitglied ist vorschlagsberechtigt. Werden die Anforderungen an eine demokratische Kandidatenkür nicht erfüllt, kann dies – wie unlängst in Hamburg – eine ganze Wahl ungültig machen. Dort hatte das Verfassungsgericht 1993 einer Beschwerde stattgegeben, weil die Delegiertenversammlung der CDU – wie seit Jahrzehnten üblich – en bloc über die Kandidatenvorschläge

Von der Wählerstimme zum Mandat



Verfahren der Stimmenverrechnung

nach d'Hondt

Beispiel: Es sind **11** Sitze zu vergeben

	Partei A	Partei B	Partei C
Stimmenzahl	6 000	3 100	2 950
geteilt durch			
1	6 000 1	3 100 2	2 950 4
2	3 000 3	1 550 6	1 475 8
3	2 000 5	1 033 10	983
4	1 500 7	775	738
5	1 200 9	620	590
6	1 000 11	517	492

Die zu vergebenden Sitze **1** bis **11** werden in der Reihenfolge der Höchstzahlen an die Parteien verteilt

Sitze	6	3	2
--------------	----------	----------	----------

Vereinfachte Modellrechnung

nach Hare-Niemeyer

Es sind **11** Sitze zu vergeben

Partei A	Partei B	Partei C	
6 000	3 100	2 950	Stimmenzahl

Für jede Partei wird berechnet:

Gesamtzahl der Sitze $\times$ Stimmenzahl der Partei
Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien

5,48	2,83	2,69
-------------	-------------	-------------

Vor dem Komma ist abzulesen, wie viele Sitze jede Partei mindestens erhält.

Die dann noch zu vergebenden Sitze werden den Parteien in der Reihenfolge der größten Zahlenbruchteile **hinter dem Komma** zugeteilt

5,48	2,83	2,69
-------------	-------------	-------------

5 **3** **3** **Sitze**

ZAHLENBILDER

86 131

der Parteiführung abgestimmt hatte. Im Wahlkreis honorieren die Parteimitglieder besonders die Basisnähe und jahrelange Kärnerarbeit. Quereinsteiger haben es schwer, selbst (oder gerade dann) wenn die Parteiführung sich für sie einsetzt. Wer sich in der Bundespolitik einen Namen gemacht, dabei aber die Wahlkreispolitik vernachlässigt, kann Schwierigkeiten bekommen, wenn er wieder aufgestellt werden will. Besonders die Aufstellung der Landeslisten ist für jede Partei sehr kompliziert. Die Bewerber müssen auf einer Delegiertenversammlung gewählt werden; gleichzeitig muß die Parteiführung versuchen, eine angemessene Vertretung der regionalen Parteiorganisatoren, der verschiedenen politischen Flügel und innerparteilicher Gruppierungen (Arbeitnehmer, Frauen, Jugendorganisationen usw.) sicherzustellen. Schließlich sind die Wünsche der jeweiligen Fraktion ernstzunehmen, die für die parlamentarische Arbeit wichtige Fachleute unbedingt wiedergewählt sehen möchte.

Kommunalwahlen

Nach welchem Wahlsystem die Vertretungen der Städte, Gemeinden und Kreise gewählt werden, bestimmt der Landesgesetzgeber. Drei Haupttypen lassen sich unterscheiden: In Hessen und im Saarland können die Wähler nur eine Stimme an eine starre Parteiliste vergeben (reine Verhältniswahl). Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wählen nach der personalisierten Verhältniswahl über Wahlkreise und Parteilisten, ähnlich wie bei der Bundestagswahl. In Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz hat der Wähler immer genau so viele Stimmen, wie Mitglieder des Gemeinderates zu wählen sind. Kumulieren und Panaschieren ist möglich. Der Wähler kann aus den Wahlvorschlägen verschiedener Parteien und Wählergemeinschaften die Politiker unterstützen, die ihm gefallen. In Brandenburg hat jeder Wähler drei Stimmen, die er kumulieren und panaschieren darf. Die neuen Bundesländer, wo zur Zeit noch das 1990 von der letzten DDR-Volkskammer beschlossene Kommunalwahlrecht gilt, werden sich dem voraussichtlich anschließen. Sperrklauseln gibt es bei den meisten Kommunalwahlen, in einigen Bundesländern aber nicht – so in Niedersachsen und in den neuen Bundesländern.

Konstruktives Mißtrauensvotum

Der Bundestag kann dem Bundeskanzler jederzeit dadurch sein Mißtrauen aussprechen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muß dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten zum neuen Bundeskanzler ernennen. In der Bundesrepublik ist die Ausübung des Mißtrauensvotum nach Artikel 67 des Grundgesetzes nur möglich, wenn sich die Parlamentsmehrheit gleichzeitig auf die Wahl eines neuen Regierungschefs einigt. Damit ist auch sofort die Handlungsfähigkeit der Regierung wieder hergestellt.

Kumulieren

Das Wort bedeutet „anhäufen“ – mehrere Stimmen auf einen Bewerber vereinigen. Dies ist zum Beispiel bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen möglich. Dort hat der Wähler immer so viele Stimmen, wie Mitglieder des Gemeinderates zu wählen sind. Er kann einem Kandidaten bis zu drei Stimmen geben. Kumulieren können künftig die Wähler auch bei den Kommunalwahlen in den neuen Bundesländern, wo sie voraussichtlich – wie im bereits verabschiedeten Kommunalwahlrecht von Brandenburg – drei Stimmen haben werden.

Landtagswahlen

Die Bildung von Volksvertretungen in den Ländern schreibt das Grundgesetz in Artikel 28 vor. Wie sie gewählt werden, entscheidet jedes Land per Gesetz selbst. Bei vielen kleinen und größeren Besonderheiten gibt es in den 16 Bundesländern nur zwei Typen der Verhältniswahl: Eine personalisierte Verhältniswahl, ähnlich wie bei der Bundestagswahl, haben Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern,

Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die Abgeordneten werden über Wahlkreise und über Listen gewählt – in Hessen und den neuen Bundesländern je zur Hälfte, überall sonst werden mehr Direktmandate vergeben. In Bayern gibt es keine starren Listen: Die Kandidatenliste der Parteien ist ein Vorschlag, der Wähler kann sie ändern. Ein einfaches Verhältniswahlrecht gilt in Bremen, Hamburg und im Saarland. Alle Abgeordneten kommen über Listen in die Volksvertretung.

Listenmandat

Beim reinen Verhältniswahlrecht werden alle Abgeordneten, beim personalisierten Verhältniswahlrecht wird ein Teil von ihnen nicht in einem Wahlkreis, sondern über Listen gewählt. Diese Listen sind die Wahlvorschläge der Parteien und Wählervereinigungen. Die Bewerber sind darin in einer eindeutigen Reihenfolge aufgeführt, in der ihnen dann die auf die Liste entfallenden Mandate zustehen. Auf Grund früherer Wahlergebnisse und Meinungsumfragen läßt sich vorher abschätzen, welche Listenplätze aussichtsreich sind. Viele Kandidaten aus unsicheren Wahlkreisen werden zugleich über gute Listenplätze abgesichert, so daß ihre Wahl von vornherein klar ist.

Listenvereinigung

Abreden über eine Vereinigung von Landeslisten verschiedener Parteien, um gemeinsam die Fünfprozentklausel zu überwinden, sind nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1956 nicht zulässig. Eine Ausnahme bildete die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl: Das Bundesverfassungsgericht wollte 1990 die Erfolgchancen von Gruppierungen aus den neuen Bundesländern erhöhen.

Mehrheitswahl

Alle Abgeordneten werden in Wahlkreisen gewählt. Parteilisten gibt es nicht. Der Sieger im Wahlkreis bekommt das Mandat. Alle anderen gehen leer aus, d. h. die für sie abgegebenen Stimmen bleiben wirkungslos. Eine Partei mit 20 oder 30 Prozent Stimmenanteil im gesamten Wahlgebiet kann im Extremfall bei der Sitzverteilung sogar völlig leer ausgehen. Die Mehrheitswahl begünstigt stets die jeweils stärkste Partei, ein Garant für klare Regierungsmehrheiten ist es dennoch nicht.

Panaschieren

Die Möglichkeit, mehrere Stimmen auf die Kandidaten verschiedener Listen aufzuteilen, nennt man panaschieren. Der Wähler kann somit einzelne Politiker unterschiedlicher Parteien unterstützen, die er für besonders befähigt hält. In Brandenburg hat bei der Kommunalwahl im Dezember 1993 ungefähr jeder zweite Wähler von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, seine drei Stimmen an Bewerber aus unterschiedlichen Parteilisten zu vergeben.

Passives Wahlrecht

Dem Recht jedes Bürgers zu wählen (aktives Wahlrecht) entspricht das Recht, sich zur Wahl zu stellen. Jeder Wahlberechtigte kann sich auch um ein Mandat im Rat seiner Gemeinde, im Landtag seines Bundeslandes oder im Bundestag bemühen. Er kann dies auch als unabhängiger Kandidat, also ohne Unterstützung einer Partei tun – in der Praxis aber ohne Erfolgsaussichten.

Personalisierte Verhältniswahl

Dieses Wahlsystem vereint Elemente der Verhältnis- und der Mehrheitswahl. Es wird bei den Wahlen zum Bundestag angewendet. Von den vorgesehenen 656 Abgeordneten des Bundestages wird die Hälfte als Direktkandidaten in 328 Wahlkreisen gewählt. Erreicht eine Partei drei Direktmandate, nimmt sie an der Verteilung der Mandate über den Zweitstimmenanteil teil. Weitere 328 Sitze werden über Landeslisten der Parteien nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren vergeben. Somit hat jeder Wahlberechtigte zwei Stimmen: eine Erst- und eine Zweitstimme.

Sperrklausel

An der Verteilung der Sitze im Bundestag nehmen nur die Parteien teil, die wenigstens 5 Prozent der Zweitstimmen oder drei Direktmandate erreicht haben. Sperrklauseln sind mit dem Ziel eingeführt worden, eine Zersplitterung der Parlamentsparteien zu verhindern. Es gibt sie ebenfalls bei allen Landtagswahlen und bei den meisten Kommunalwahlen. In Rheinland-Pfalz liegt die Sperrklausel bei den Kommunalwahlen bei 3,3 Prozent.

Starre Liste

Von einer starren Parteiliste spricht man, wenn der Wähler ihr lediglich seine Zustimmung geben oder verweigern, sie aber in Zusammensetzung und Rangfolge nicht verändern kann. Solche starren Listen überwiegen in den deutschen Wahlsystemen von Bund, Ländern und Gemeinden.

Stimmbezirk

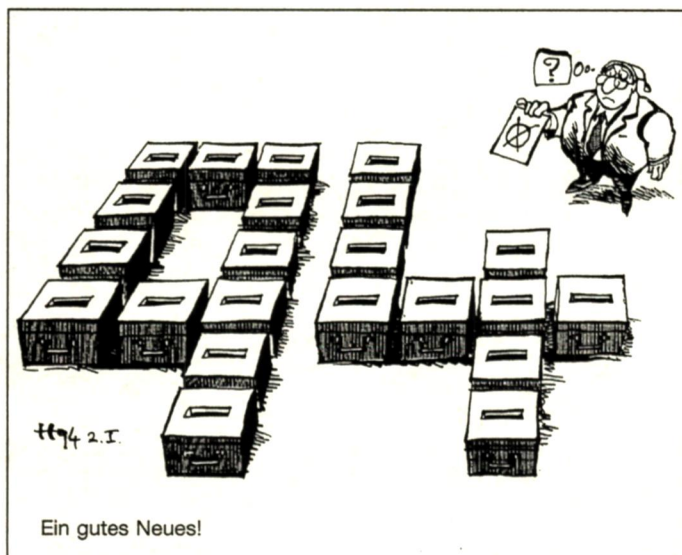
Die Wahlkreise sind unterteilt in überschaubare Stimmbezirke. In diesen wird ein Wahllokal eingerichtet, wo ehrenamtliche Wahlhelfer die Stimmabgabe überwachen, nach Abschluß des Wahlaktes die Stimmen auszählen und das Ergebnis des Stimmbezirkes an die Wahlkreisleiter übermitteln.

Stimmensplitting

Dieser Begriff bezeichnet die bei der Bundestagswahl, aber auch bei verschiedenen Landtagswahlen gegebene Möglichkeit, parteipolitisch mit der Erst- und der Zweitstimme unterschiedlich zu votieren. Bewußt nutzen manche Wähler diese Möglichkeit, um über den Wahlkreiskandidaten einen Wunschkoalitionspartner der eigenen Partei zu stützen.

Überhangmandat

Bei der personalisierten Verhältniswahl kann das Stimmensplitting dazu führen, daß eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erhält, als ihr nach der Zweitstimmenauszählung zustehen. Diese sogenannten Überhangmandate behält sie. Einen Ausgleich für die anderen Parteien gibt es bei der Bundestagswahl nicht, wohl aber bei einzelnen Landtagswahlen. Der 1990 gewählte Bundestag hat 662 statt der vorgesehenen 656 Abgeordneten: Die CDU hatte sechs Überhangmandate erreicht, zwei in Mecklenburg-Vorpommern, drei in Sachsen-Anhalt und eines in Thüringen.



Verhältniswahl

Bei der Verhältniswahl stellt jede Partei so viele Abgeordnete, wie es ihrem prozentualen Anteil an den abgegebenen Wählerstimmen entspricht. So sind auch kleine Parteien vertreten. Die Zusammensetzung des Parlaments entspricht, wenn es keine Sperrklausel gibt, exakt der Verteilung der Stimmen auf Parteien, die zur Wahl standen.

Wahlbenachrichtigung

Jeder Wahlberechtigte erhält eine schriftliche Benachrichtigung über den Tag der Wahl und das Wahllokal, wo er seine Stimme abgeben kann. Zur Stimmabgabe sind diese Karten nicht erforderlich – der Personalausweis und der Eintrag im Wählerverzeichnis genügen. Allerdings kann das Ausbleiben einer Wahlbenachrichtigung ein Hinweis darauf sein, daß der Wahlberechtigte nicht im Wählerverzeichnis erfaßt ist. Ein Blick in dieses rund zwei Wochen vor dem Wahltag beim Einwohnermeldeamt ausliegende Verzeichnis bringt darüber Gewißheit.

Wählerverzeichnis

Das Wählerverzeichnis enthält Namen und Anschrift aller Wahlberechtigten – nur wer hier eingetragen ist, darf an der Wahl teilnehmen. Es wird von der kommunalen Meldebehörde erstellt und muß spätestens zwischen dem 20. und 16. Tag vor der Wahl zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt werden. Jeder Bürger, der das Wählerverzeichnis für unrichtig hält, kann in dieser Zeit Einspruch bei der Gemeinde erheben. Weist die Gemeinde den Einspruch zurück, ist Beschwerde beim Kreiswahlleiter möglich. Frühestens drei Tage vor dem Wahltag, spätestens aber am Vortag wird das Wählerverzeichnis geschlossen und die endgültige Zahl der Wahlberechtigten festgestellt.

Wahlforschung

Die Wahlforschung als ein Spezialgebiet der empirischen Sozialforschung untersucht durch Befragung die Motivation und das Verhalten der Wähler. Mit Hilfe von sozialstatistischen Daten und einem ausgefeilten Instrumentarium ist die Wahlforschung in der Lage, durch Repräsentativumfragen und am Wahlabend durch Hochrechnung der Ergebnisse ausgewählter repräsentativer Stimmbezirke, den Ausgang von Wahlen ziemlich genau vorherzusagen. Darüber hinaus liefert die Wahlforschung wichtige Beiträge zur Analyse von Wahlergebnissen, z. B. durch Zahlen über Wählerwanderungen, Erkenntnisse über die soziale Herkunft der Wähler der verschiedenen politischen Gruppierungen und über die Gründe für das Verhalten von Wählern bzw. Nichtwählern.

Wahlgebiet

Der Begriff Wahlgebiet bezeichnet in der Regel das gesamte Territorium, für die ein Vertretungsorgan gewählt wird – das Stadt- oder Kreisgebiet bei Kommunalwahlen, das Land bei den Landtagswahlen oder die gesamte Bundesrepublik Deutschland bei den Bundestagswahlen. Ausnahme: Das Land Bremen hat die getrennten Wahlgebiete Bremen und Bremerhaven. Ausnahmsweise war Deutschland bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 in zwei Wahlgebiete aufgeteilt, um politischen Gruppierungen der neuen Bundesländer den Einzug in den Bundestag zu erleichtern. Die Fünfprozenthürde mußte nur in einem Wahlgebiet genommen werden.

Wahlheimnis

Eine der Grundanforderungen an eine demokratische Wahl ist, daß die Entscheidung des einzelnen Wahlberechtigten für niemanden nachprüfbar ist. Deshalb ist z. B. vorgeschrieben, daß Stimmzettel benutzt werden und diese in Wahlkabinen ausgefüllt werden können.



Bonner Spitzenpolitiker auf Wahlplakaten zu den Bundestagswahlen der Jahre 1961 bis 1990.

Wahlkampfkosten

Bei den Bundestags- und Landtagswahlen und seit 1979 auch bei der Wahl des Europäischen Parlaments erhalten die Parteien, die einen Stimmenanteil von wenigstens 0,5 Prozent bei Bundes- und Europawahlen und 1 Prozent bei Landtagswahlen erreicht haben, eine Erstattung ihrer Kosten. Ein „Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze“, das CDU/CSU, SPD und F.D.P. gemeinsam in den Bundestag eingebracht haben, hat Ende 1993 die Wahlkampfkostenerstattung im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung völlig neu geregelt. Bisher wurde ein Betrag von DM 5.– je Wahlberechtigten nach dem Stimmenanteil unter den Parteien aufgeteilt. Ab 1994 gibt es je Wähler wesentlich weniger: Für die ersten fünf Millionen Wählerstimmen werden DM 1,30 je Stimme erstattet. Jede weitere Stimme bringt 1.–DM. Der erhöhte Grundbetrag von 1,30 DM soll faire Chancen auch für neue und kleine politische Parteien schaffen, indem er deren höherem „Grundaufwand“ Rechnung trägt. Gruppierungen ohne Landesliste, die lediglich mit Direktkandidaten in den Wahlkreisen antreten, erhalten die entsprechenden Beträge pro Wähler, sofern sie wenigstens 10 Prozent der im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen erreichen. Bei Kommunalwahlen gibt es wie bisher keine Kostenerstattung. Insgesamt bekommen die Parteien durch die Neuordnung nicht weniger Geld aus der Staatskasse: Gleichzeitig wird nämlich ein vom Wahlkampf unabhängiger Zuschuß eingeführt. Zu jeder Beitrags- und Spendenmark, die eine Partei in ihrem jährlich zu veröffentlichendem Rechenschaftsbericht ausweisen kann, gibt es 0,50 DM Zuschuß. Dieser Zuschuß und die Wahlkampfkostenerstattung zusammen dürfen im Jahre nicht höher sein als die im gleichen Jahr von der Partei erwirtschafteten Eigenmittel. Außerdem darf die Gesamtzahlung an die Parteien über eine Obergrenze nicht hinausgehen, die das BVG bezogen auf 1991 mit 230 Millionen Mark festgelegt hat. Dieser Betrag kann unter der Aufsicht einer Kommission unabhängiger Sachverständiger an veränderte Verhältnisse und an die Geldwertentwicklung angepaßt werden.

Wahlkreis

Wenn Direktkandidaten gewählt werden, muß das Wahlgebiet in etwa gleich große Wahlkreise unterteilt sein. Jeder Abgeordnete

soll eine in etwa gleiche Zahl von Wählern vertreten. Der Zuschnitt der Wahlkreise hat unter Umständen großen Einfluß darauf, welche politischen Mehrheiten es dort gibt. Wenn Änderungen der Wahlkreiseinteilung wegen starker Bevölkerungsveränderungen unumgänglich werden, ist die regierende Mehrheit stets versucht, durch den Schnitt der Wahlkreise die soziostrukturelle Streuung der Wählerschaft zu ihren Gunsten zu nutzen.

Wahltaktische Absprachen

Wenn zwei Parteien verabreden, in bestimmten Wahlkreisen nicht gegeneinander anzutreten, und die eigenen Anhänger zur Unterstützung der jeweils anderen Partei aufzurufen, spricht man von wahltaktischen Absprachen. Es geht darum, die Stimmenzersplitterung zu vermeiden und damit die Wahlchancen beider Parteien zu erhöhen. Früher waren solche wahltaktischen Absprachen häufig, heute sind sie selten.

Wahlvergehen

Verstöße gegen die Vorschriften der Wahlgesetze und des Parteiengesetzes werden nach §§ 107 bis 108b des Strafgesetzbuches geahndet. So müssen etwa Wahlhelfer mit Strafe rechnen, die bei der Stimmabgabe oder der Auszählung zu manipulieren versuchen, oder auch die Leiter der Parteiversammlungen, wenn sie fälschlich unter Eid dem Kreiswahlleiter versichern, daß der Kandidat in geheimer Abstimmung gewählt wurde. Verstöße kommen vor, wenn auch selten: 1985 bis 1990 gab es nach der Justizstatistik 39 Verurteilungen wegen Wahlvergehen.

Zweitstimme

Mit seiner Zweitstimme bei der Bundestagswahl entscheidet der Wähler sich für die Landesliste einer Partei. Sie ist wichtiger als die Erststimme, denn die Zahl der Zweitstimmen entscheidet darüber, wie viele Mandate jede Partei im Bundestag erhält. Die Zweitstimmen werden nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren in die Zahl der Mandate umgerechnet.

Literaturhinweise

Andersen, Uwe / Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Leske Verlag + Budrich, Opladen 1993.

Die über 150 alphabetisch geordneten Beiträge dieses Handwörterbuches verhelfen zu einem schnellen Zugriff auf alle wichtigen Elemente des politischen Systems. Ein Anhang bietet in Form von Tabellen und Schaubildern ausgewählte wichtige Daten zu Politik, Bevölkerung, Wirtschaft und Staatsfinanzen.

Eilfort, Michael: *Die Nichtwähler, Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*, Studien zur Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 24, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1994.

In der Bundesrepublik zeigt sich seit einigen Jahren: Die Beteiligung der Bürger bei Wahlen geht auf allen Ebenen fast stetig zurück. Das Wählerverhalten ist nicht mehr kalkulierbar. Welche zentralen Motive haben die Nichtwähler? Was wollen sie mit ihrer Wahlenthaltung artikulieren? In einer empirischen Analyse von Wahlenthaltungen geht der Autor diesen Fragen nach und zieht Vergleiche zu anderen westlichen Demokratien. Diese systematische Untersuchung des Phänomens Wahlenthaltung liefert einen wichtigen Beitrag, die Folgen zunehmender Wahlabstinenz besser abschätzen zu können.

Starke, Frank Christian: *Krise ohne Ende? Parteiendemokratie vor neuen Herausforderungen*, Bund-Verlag, Köln 1993.

Statt pauschaler Verurteilungen der politischen Akteure versucht der Autor, auf der Grundlage einer sorgfältigen empirischen Analyse, Reformansätze und Wege aus der Politikverdrossenheit aufzuzeigen.

Starzacher, Karl / Schacht, Konrad / Friedrich, Bernd / Leif, Thomas (Hrsg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer, Krise der Demokratie*, Bund-Verlag, Köln 1992.

Der Band stützt sich im wesentlichen auf eine Tagung der hessischen Landeszentrale für politische Bildung, auf der renommierte Wahlforscher die spektakulären Ergebnisse der Landtagswahlen im Jahre 1992 analysierten.

Roth, Dieter: in ders.: *Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom*, S. 58–68.

Steinseifer-Papst, Anita / Wolf, Werner: *Wahlen und Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland*, Hüthig-Buch Verlag, Heidelberg 1994.

In der Bundesrepublik entscheiden 1994 18 verschiedene Wahlen darüber, welche Parteien die Regierungsverantwortung übernehmen und welche in der Opposition tätig werden. Der in zweiter Auflage vorliegende Wegweiser erläutert die Rolle und den Einfluß der Wähler in der Demokratie. Er vermittelt einen Einblick in die Planung und Durchführung von Wahlkämpfen. Politisch Aktive erhalten eine Vielzahl praktischer Informationen über Organisation und Durchführung eines Wahlkampfes.

Woyke, Wichard: *Stichwort Wahlen*, Leske Verlag + Budrich, 8. überarbeitete Auflage, Opladen 1994.

Ausführliche Darstellungen von Wahlrecht und von Wahlsystemen in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien.

Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung:

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Handbuch Wahlen. Themen und Materialien für Journalisten*, Band 4, Bonn 1994.

Das Handbuch „Wahlen“ will im Superwahljahr 1994 und darüber hinaus ein Ratgeber für Redaktionen sein mit Tips und Ideen zu Themen und Organisation, mit Adressen, Hintergrundinformationen, Anregungen. Die rechtliche Seite des Wahlkampfes wird ebenso beleuchtet wie die Bereiche Wahlforschung, Wahlrecht und Wahlsysteme der einzelnen Bundesländer. Breiten Raum nehmen in einem „Wahlkampfkalender“ Beispiele aus der Praxis ein: welche Redaktion hat welche Ideen schon ausprobiert? Wann kann eine Redaktion welche Themen wie umsetzen? Das ganze wird durch Grafiken und einen Serviceteil abgerundet.

Sander, Wolfgang u. a. (Hrsg.): *Wahlanalyse und Wahlprognose im Unterricht*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1994.

Die vorliegende Arbeitshilfe ist für das Superwahljahr 1994 entwickelt worden, um Schülerinnen und Schülern, aber auch Jugendlichen in der außerschulischen Jugendbildung politische Wahlen und das Parteiensystem als unverzichtbare Elemente der Demokratie nahezubringen. Schülerinnen und Schüler agieren als „Sozialforscher“ und führen im Vorfeld politischer Wahlen eine lokale Wählerumfrage durch, um das Wählerverhalten zu untersuchen und eine eigenständige Prognose zu erarbeiten.

Thurich, Eckhart: *Parteien, Bürger und Wahlen*, Reihe „Thema im Unterricht“ Nr. 2/93, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1993. Lehrerheft 16 Seiten, Schülerheft 32 Seiten.

Parteien- und Politikverdrossenheit werden aufgegriffen, Fragen, die sich aus dieser Situation ergeben, diskutiert und Lösungsansätze erörtert.

Veröffentlichungen aus der Reihe „Die politische Zeitschrift“ (PZ):

PZ Nr. 70: *Das politische Geschäft und die demokratische Herausforderung*, November 1992.

Die Politik sitzt auf der Anklagebank. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an Politik und Politiker. Sind wir wirklich eine Nation der Verdrossenen?

PZ Nr. 76: *Wir in Europa. Mitmischen, Mitmachen, Mitbestimmen*, November 1993.

Demokratie braucht mehr Bürger, die mitmachen. 1994 ist das Superwahljahr. Bürger, die nicht wählen, nehmen sich ihre Chance, in unserer Demokratie mitzumischen.



Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Jürgen Faulenbach (verantwortlich), Carola Schüller.

Mitarbeiterin: Anne-Marie Grote, Bonn.

Manuskript: Michael Bechtel, Bonn.

Titelbild: Bundesbildstelle Bonn.

Plakate (S. 7, 23) sind von folgenden Archiven: Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin; Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach.

Graphiken: Globus Kartendienst, Hamburg (S. 4), Erich Schmidt Verlag, Berlin (S. 3, 16, 20).

Karikaturen: Jürgen Tomicek, Werl (S. 18), Horst Haitzinger, München (S. 22).

Gesamtherstellung und Vertrieb: Franzis-Druck GmbH, Karlstraße 35, 80333 München.

